

POLIZEI REPORT

G 6789

ISSN 1869-6805

Nr. 190 · März 2026



Schutz der kritischen
Infrastruktur

Reform

Linksextremismus

Gewalt

Für die Polizei Hessen
Interessen – Sicherheit – Würde

Projektgruppen P 25 und S 25

Personalmangel

Tarifverhandlungen
2026

Ständige Überlastung

Hohe Inflation

TV-H
Hessen

Gerechte
verfassungsmäßige
Besoldung

INFORMATIONEN NACHRICHTEN MITTEILUNGEN

AUF EIN WORT



LIEBE KOLLEGINNEN, LIEBE KOLLEGEN,

Das Jahr der Veränderungen in der hessischen Polizei, das Jahr 2026 ist zwei Monate alt, aber es war schon wieder sehr ereignisreich.

Die Projekte P 25 und S 25 gehen in die Umsetzung und es stehen viele Veränderungen an. Die GdP wird diese begleiten und im Sinne der Beschäftigten für Verbesserungen kämpfen. Doch eines ist deutlich. Mit dem Projekt kommen Veränderungen, die wir begleiten und auch bei den politischen Verantwortlichen anmahnen. Was passiert mit Führungsstrukturen, wie soll es mit den Beschäftigten weitergehen? Welche Perspektiven gibt es und wie werden diese in Mitarbeitergesprächen kommuniziert und verbindlich festgelegt? Was ist eine Fachkarriere, wie ist sie ausgestaltet und wird es an die Beschäftigten ausführlich kommuniziert? Was müssen die Beschäftigten leisten, welche Ausbildung und Qualifikation müssen sie mitbringen?

Viele Fragen, bisher wenig Antworten. Wir werden darauf drängen, dass die Fragen zeitnah beantwortet werden und die Beschäftigten verbindlich wissen, was sie machen müssen und was von ihnen verlangt wird.

POLIZEI REPORT

Ein ganz persönlicher Rückblick	6
Versteckte Gefahr oder offene Bedrohung	8
Tarifverhandlungen	11
Reorgansiation als Reflex	12
Tarifseminar für Mitglieder	15
Wenn der Dienstunfall abgelehnt wurde	16
Gleiche Straße – ungleiche Regeln	18
Waffenverbotszonen	21
„Mehr geht immer“	22
Landesfachausschuss Kriminalpolizei	26
Bezirksdelegiertentag in Südhessen	28
Ministergespräch	29
Frankfurt leg ne Schippe drauf	31
Einsatzbetreuung	31
Preungesheimer Dorflauf	31
Pleiten, Pech und Matsch	32
Gewerkschaft – was sonst!	34
Das Schichtdienstproblem	37
Rotation – Anspruch und Wirklichkeit	38
Termine der Seniorengruppe Frankfurt	42
Weihnachtstombola in Frankfurt	44
Südhessen testet den ID.BUZZ	48
Weihnachten in Südhessen	50
Wertschätzung für Feiertagsschichten	50
Weihnachtskino in Bensheim	53
Neubau im Pupinweg	53
Spende an den Kältebus Frankfurt	54

Inhalt

Titel: Wittig

Und wir machen weiter: Für die Beschäftigten und für bessere Arbeitsbedingungen. Wir legen den Finger in die Wunde, IMMER und nicht nur, wenn es gerade bequem ist! Dies ist die GdP, wir SIND FÜR EUCH DA, IMMER!!! Wir werden auch nicht müde, diesen Zustand bei den politischen Verantwortlichen immer wie-

der zu thematisieren.

Zudem waren und sind wir bei den Thema Beihilfe und Dienstunfallfürsorge in Gesprächen. Die Bearbeitungszeiten der Beihilfe haben sich verringert, sind aber noch lange nicht auf dem Niveau, was sich die GdP und die Beschäftigten wünschen. Gerade im Bereich der Pflege sind

die Wartezeiten auf das Geld deutlich zu lange. Und bei der Dienstunfallfürsorge muss endlich wieder das Wort Fürsorge auch wirklich erbracht werden. Es kann doch nicht sein, dass ein Beschäftigter einen Dienstunfall erleidet, dieser auch anerkannt wird, aber aufgrund der geringen Übernahmeätze von Kosten der Beschäftigte auf Geld sitzen bleibt, was er nicht ersetzt bekommt. Oder das Beschäftigte Monate auf eine Entscheidung warten, und ärztliche Leistungen nicht erbracht werden können! Es soll endlich Verbesserungen geben, wir kämpfen dafür, im Sinne der Beschäftigten! Und die Tarifverhandlungen sind gestartet. Wir verhandeln den TV-H und brauchen euch, um den Druck auf die politischen Verantwortlichen auszuüben. Denn nur so können wir unsere Ziele erreichen, deutliche

Verbesserungen im TV-H. Die Verhandlungen werden im März in die dritte Verhandlungsrunde gehen. Wir streiten für einen guten Abschluss und werden uns dafür einsetzen, das bestmögliche Ergebnis zu erreichen. Dies ist unser Anspruch. Wir wollen immer für euch da sein und geben unser Bestes. Das macht eine Gewerkschaft aus, dass wir uns für euch in allen Belangen einsetzen. Wir sind der starke Partner an eurer Seite in jeder Lebenslage, wo ihr uns braucht! Denn nur Gewerkschaften können an Tarifverhandlungen teilnehmen, zum Streik aufrufen und für euch am Verhandlungstisch die Gehalts- und Arbeitsbedingungen verhandeln. Das ist unser verbrieftes Grundrecht aus dem Grundgesetz. Und die GdP ist die Einzige aus dem Polizeibereich, die direkt an den Verhandlungen teilnimmt!!

Du willst dich ebenfalls für deine Kolleginnen und Kollegen einsetzen. Du hast Ideen, wie wir als GdP besser werden oder die Interessen umsetzen können?

Dann werde jetzt aktiv, melde dich bei den Vertrauensleuten der GdP vor Ort und komm gerne zu uns. Wir haben dieses Jahr unseren Landesdelegiertentag der GdP Hessen, das höchste Gremium bei uns. Dort wird es Neuwahlen geben und mit Anträgen die politische und gewerkschaftliche Arbeit der nächsten vier Jahre bestimmt. Daher werde JETZT aktiv, bring dich ein und gestalte die Arbeit der GdP mit!

Wir freuen uns auf dich und deine Vorschläge.

Eure Vorsitzenden Christian Richter und Jochen Zeng

Direkt auf Dein dienstliches Smartphone und dem StAP



Alle Infos der GdP Südhessen / Frankfurt, aus Hessen und dem Bund gibt es ab sofort für alle aktiven Kolleginnen und Kollegen der Polizei über den Messenger JULIUS!

Das ist ein Teil unseres neuen „schwarzen Bretts“ mit allen Infos immer direkt auf Dein dienstliches Smartphone und dem StAP.

Jetzt Channel-Mitglied werden!

#Flurfunk  GdP Südhessen

 GdP Infokanal Frankfurt 



Informationen • Nachrichten • Mitteilungen

der **Bezirksgruppe Frankfurt**
der Gewerkschaft der Polizei und der
PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
für den Großraum Frankfurt am Main

der **Bezirksgruppe Südhessen**
der Gewerkschaft der Polizei und der
PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
für Südhessen mit den Kreisen
Groß-Gerau, Darmstadt-Dieburg, Bergstraße,
Odenwald und D V/S Südhessen

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jens Mohrerr
(Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit,
Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud, B. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon 069 7891652

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Oliver Jochum, Andreas Jochum, Stephan Buschhaus

Redaktion/Redaktionsanschrift:

für die **BZG Frankfurt**:
Jochen Zeng (V.i.S.d.P.), Petra Moosbauer
Gewerkschaft der Polizei, BZG Frankfurt
Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt/M.
für die **BZG Südhessen**:
Christian Richter (V.i.S.d.P.)

Die **Bezirksgruppe Südhessen im Internet**:
PolReport.SH@gdp Hessen.de

Druck und Verarbeitung:

Saxoprint GmbH, Enderstraße 92c, 01277 Dresden

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.
Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.

Redaktionsschluss 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 1869-6805)

NEUJAHR 2026 – EIN GANZ PERSÖNLICHER RÜCKBLICK

EINE RÜCKSCHAU VOLLER DANKBARKEIT UND EIN ENTSCLOSSENER BLICK VORAN

Ein neuer Jahresanfang trägt immer ein Versprechen in sich: Aufbruch. Veränderung. Zuversicht. Für mich fühlt sich dieser Moment anders an als all die Jahre zuvor. Intensiver. Ehrlicher. Vielleicht auch verletzlicher. Fünf Jahre bin ich nun Landesvorsitzender – fünf Jahre, in denen ich viel gelernt habe: über Politik, über Macht, über Widerstand. Aber vor allem über Menschen. Über Kolleginnen und Kollegen, die täglich Verantwortung tragen, oft über ihre Belastungsgrenze hinaus. Und über mich selbst.



Ich habe dieses Amt nicht übernommen, um zu verwalten oder es allen recht zu machen. Ich habe es übernommen, um Haltung zu zeigen. Und ich habe schnell verstanden: Haltung kostet – Schlaf. Kraft. Manchmal auch Leichtigkeit.

Wenn ich zurückblicke, ziehe ich keine Bilanz. Ich empfinde Dankbarkeit.

Dankbarkeit für jede ehrliche Kritik, für jedes offene Wort, für jedes Lächeln auf dem Flur, an der Dienststelle, im Einsatz. Dankbarkeit auch für Konflikte – denn sie haben uns nicht geschwächt, sondern weiter geschärft und gestärkt.

Die hessische GdP ist stark. Und ja: darauf bin ich stolz.

Weil wir spürbar näher zusammengedrückt sind. Weil diese Gewerkschaft Haltung hat. Eine Stimme. Rückgrat.

2025 hat Spuren hinterlassen. Tiefe.

Die getöteten Kolleginnen und Kollegen im Dienst haben uns aus dem Alltag gerissen. Brutal. Endgültig.

Die Bilder der Trauermärsche, der stillen Reihen, der Familien – sie lassen einen nicht los. Und trotzdem machen wir weiter. Müssen wir weitermachen. Genau das ist die Wahrheit unseres Berufs.

„Pass auf dich auf“ ist einer der Sätze, die ich am häufigsten gehört habe.

Ich höre ihn. Ich nehme ihn ernst. Aber ich sage auch: Wer Verantwortung trägt, lebt nicht risikofrei – weder im Einsatz noch in der Gewerkschaft. Ich bin Mohrherr. Und ich stehe mit meinem Namen für Entscheidungen, die nicht bequem sind.

2025 war auch politisch ein Jahr der Zuspitzung.

Innere Sicherheit wird zur Projektionsfläche. Sicherheit zur Schlagzeile. Polizei zum Symbol. Ich habe erlebt, wie schnell

einfache Antworten Applaus bekommen – und wie schwer es ist, differenziert zu bleiben. Genau deshalb ist unsere Rolle als GdP so entscheidend: nicht laut um jeden Preis, sondern klar. Erklärt. Standfest. Mit Haltung.

Wir erleben hybride Bedrohungen, Desinformation, digitale Radikalisierung. Ein moderner Verfassungsschutz ist keine Option – er ist notwendig.

Und ja: Ich habe erlebt, wie respektlos der Ton geworden ist. Von außen. Und vielfach leider auch von innen. Das benenne ich. Ohne Relativierung.

Verantwortung macht Angst. Punkt.

Wer etwas anderes behauptet, lügt – oder trägt sie nicht wirklich. Aber Angst darf nicht lähmen. Sie darf uns sensibel machen. Wach. Menschlich.

Ich habe diese Gewerkschaft nicht als fertiges Projekt übernommen. Sie ist ein lebendiges System. Ein Schiff, das nur fährt, weil viele Schultern es tragen. Und ich bin kein Kapitän auf der Brücke. Ich bin Teil der Mannschaft.

Die Vereinbarkeit von Familie, Dienst und Engagement ist kein Randthema. Sie ist die Realität vieler Kolleginnen und Kollegen – und auch meine. Wer darüber nicht spricht, macht Politik an der Lebenswirklichkeit vorbei.

Unsere Gewerkschaft lebt – durch die Menschen.

Durch die, die nachts Gespräche führen, Konflikte moderieren, Kaffee bringen, zuhören, wenn niemand hinsieht.

Durch Ehrenamtliche, die nicht fragen, ob es sich lohnt – sondern ob es gebraucht wird. Dieses Netz trägt. Mich. Dich. Uns.

2026 wird kein leichtes Jahr. Aber es ist ein Jahr voller Möglichkeiten.

Wir werden Weichen stellen müssen:

- für Arbeitszeitmodelle, die schützen statt verbrennen,
- für Fortbildung im Dienst, nicht auf Kosten der Freizeit,
- für faire Besoldung und echte Perspektiven, besonders in den unteren Bereichen,
- für eine Polizei, die technisch mithält und menschlich bleibt,
- für klare Kante gegen Extremismus – egal von wo,
- für eine Sicherheitsarchitektur, die auf Zusammenarbeit setzt,
- und für eine Gewerkschaft, die ihre Mitglieder nicht verwaltet, sondern befähigt.

Ich verspreche nichts, was ich nicht halten kann.

Aber eines verspreche ich: Ich werde unbequem bleiben. Klar bleiben. Mich vor unsere Kolleginnen und Kollegen stellen – auch dann, wenn der Gegenwind immer stärker wird.

Ich schreibe diese Zeilen nicht nur als Landesvorsitzender, sondern als Mensch.

Als jemand, der an die Demokratie glaubt. An diese Gewerkschaft. An die Menschen darin.

Mein Wunsch für 2026 ist einfach – und groß zugleich:

- Dass wir nicht nur reagieren, sondern gestalten.
- Dass wir uns nicht verlieren, sondern füreinander einstehen.
- Und dass wir den Mut haben, Dinge zu verändern – auch wenn sie noch unfertig sind.

Mut ist kein Gefühl.

Mut ist eine Entscheidung.

Lasst uns diese Entscheidung gemeinsam treffen. ■

Jens Mohrherr

VERSTECKTE GEFAHR ODER OFFENE BEDROHUNG?

EXTREMISMUS VS. KRITISCHE INFRASTRUKTUR ALS WACHSENDE HERAUSFORDERUNG

Deutschland erlebt seit mehreren Jahren eine Phase permanenter Krisen. Die Corona-Pandemie war dabei kein isoliertes Ereignis, sondern ein Beschleuniger gesellschaftlicher Entwicklungen. Die Auswirkungen trafen die Bevölkerung höchst unterschiedlich: Familien stärker als Singles, ältere Menschen anders als jüngere, bestimmte Berufsgruppen existenziell, andere kaum spürbar. Home-schooling, Kontaktbeschränkungen und der Wegfall sozialer Ausgleichsräume stellten für viele Bürgerinnen und Bürger eine enorme Belastung dar – nicht nur organisatorisch, sondern auch psychisch.



Wittig/Klgen.

Solche extremen Ausnahmesituationen wirken wie ein Brennglas. Sie verstärken soziale Spannungen, fördern Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen, den politischen Entscheidungsträgern und schaffen ein Klima, in dem Radikalisierung gedeihen kann.

Dabei sind es nicht allein lautstarke Demonstrationen oder offen extremistische Gruppierungen, die Sicherheitsbehörden und insbesondere unsere Kolleginnen und Kollegen beschäftigen. Weitaußer gefährlicher sind häufig jene Entwicklungen, die sich im Verborgenen vollziehen.

Eine Radikalisierung jenseits der breiten Öffentlichkeit

An offen auftretende Verschwörungstheoretiker, Reichsbürger oder ideologische Wortführer hat sich die Öffentlichkeit offensichtlich fast schon gewöhnt.

Diese Akteure sind sichtbar, analysierbar und grundsätzlich beobachtbar. Unsere Staatsschutzdienststellen und die Verfassungsschutzbehörden leisten hier tagtäglich intensive Arbeit. Und unter den gegebenen rechtlichen Möglichkeiten wahrlich kein Kinderspiel.

Doch die eigentliche Herausforderung liegt zunehmend bei jenen Personen, die nicht offen in Erscheinung treten, sich nicht organisieren und dennoch hochgradig gefährlich sind.

Radikalisierung findet heute oft isoliert statt – in digitalen Echokammern, über Messenger-Dienste, Foren, oder sozialen Netzwerken.

Ideologische Grenzen verschwimmen dabei zunehmend. Verschwörungsglauben, Staatsablehnung und Gewaltfantasien bilden eine toxische Mischung, die sich

situativ mit rechten wie linken Extremisten verbinden kann.

Gerade Einzeltäter oder Kleinstgruppen ohne erkennbare Führungsstrukturen entziehen sich klassischen Beobachtungsmustern. Sie handeln spontan, emotional aufgeladen und ohne Rücksicht auf Konsequenzen – was sie daher unberechenbar und besonders gefährlich macht.

Extremismus hat viele Gesichter

Seit Jahren hören wir sie, die Schreie und die Hilferufe im Umgang mit dem Rechtsextremismus und der „Radikalisierung politischer Gruppierungen“.

Politik hat sich darauf eingeschossen. Kein Tag vergeht, an dem nicht über schärfere Regulierung durch Gesetze, neue Überwachungsprozedere, bis hin zu Verbotverfahren für Vereine und Parteien gerufen wird.

Oft sind diese Schreie jedoch ein Beleg von eigener Unfähigkeit oder fehlendem politischen Willen, den Phänomenen gemeinsam zu begegnen. Alleingänge oder die Wiederholung von Forderungen ohne Taten folgen zu lassen, helfen hier wenig.

Der Rechtsextremismus stellt in der Tat weiterhin eine erhebliche Bedrohung für den Rechtsstaat dar. Waffenfunde, paramilitärische Vorbereitungen, sogenannte „Tag-X“-Szenarien und eine zunehmende Enthemmung der Sprache sind alarmierende Zeichen.

Immer wieder zeigt sich, dass einzelne Akteure über ein erhebliches, auch verbales rechtes Gewaltpotenzial verfügen und bereit sind, dieses auch einzusetzen.

Reichen die parteiideologisch geprägten Handlungsandrohungen aber aus? Gibt es mehr Gegner als Befürworter?

Linksextremismus links liegen gelassen

Über die Jahre war es aus aktuellen Anlässen der vergangenen Monate mehr als fahrlässig, andere extremistische Phänomenbereiche auszublenden.

Insbesondere der linksextremistische Bereich zeigt seit Jahren eine zunehmende Bereitschaft zur Gewalt – insbesondere gegen staatliche Einrichtungen, Unternehmen, politische Gegner und Sicherheitsbehörden.

Die linke Szene ist nie eingeschlafen und hat es taktisch klug geschafft, aus dem vermeintlich Verborgenen wieder an die Öffentlichkeit zu treten. Mit teils extremer Gewalt und ohne Rücksicht auf unsere Werte.

Während rechte Täter häufig auf symbolträchtige Anschläge gegen Menschen zielen, setzt der militante Linksextremismus verstärkt auf Sabotage, Brandstiftung und gezielte Angriffe auf die kritische Infrastruktur.

Beide Formen des Extremismus verfolgen letztlich dasselbe Ziel: die Delegitimierung des Staates und die Untergrabung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Angriff auf das Nervensystem des Staates und seiner Einrichtungen

Der Anschlag auf das Berliner Stromnetz im Januar 2026 markiert in dieser Entwicklung eine neue Qualität.

Er machte deutlich, wie verwundbar moderne Gesellschaften sind – und wie groß die Auswirkungen eines vergleichsweise „leisen“ Anschlags sein können.

Stundenlange Stromausfälle legten ganze Stadtteile lahm, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen mussten auf

Notstrom umschalten, Verkehrssysteme kamen teilweise zum Stillstand, Kommunikationsnetze waren eingeschränkt.

Solche Angriffe zielen nicht auf unmittelbare Opferzahlen, sondern auf Verunsicherung, Kontrollverlust und Vertrauensschäden. Kritische Infrastruktur ist das Nervensystem unseres Staates.

Energieversorgung, Wasser, Telekommunikation, Verkehr, Gesundheitswesen und IT-Strukturen sind hochgradig vernetzt – und damit zugleich auch anfällig.

Extremistische Akteure wissen das. Sabotage an Infrastruktur erfordert oft weniger logistischen Aufwand als klassische Anschläge, erzeugt aber eine enorme gesellschaftliche Wirkung.

Sind wir unvorbereitet oder überfordert

Ich erinnere mich einige Jahre zurück, als die hessische Polizei sich landesweit mit genau diesen Themen befasste.

In allen Präsidien wurden selbständige Arbeitsgruppen gegründet, die unter der Koordinierung des Landespolizeipräsidiums standen. AG Kritis, so deren Name.

Viele Menschen haben sich nicht nur Gedanken gemacht, sondern kluge Konzepte erarbeitet, wie wir uns auf einen Ernstfall vorbereiten müssen und im Extremfall darauf reagieren.

Was ist daraus geworden? Hatten wir einen solchen Ereignisfall noch nicht, was möglicherweise ein präventiver Erfolg wäre, und wie lange dauert der Friede an?

Unsere Kolleginnen und Kollegen sind die ersten, die im Ereignisfall gefordert sind, das hat der Sabotageakt in Berlin verdeutlicht. Aber sind sie auch bis in die Tiefe der Dienststellen auf der Straße darauf vorbereitet und wissen, was zu tun ist, ohne dass das große Chaos ausbricht?

Welchen Gefahren sind wir ausgesetzt?

Die Bedrohungslage für den Rechtsstaat ist komplex und dynamisch:

- Sabotageakte gegen kritische Infrastruktur
- Hybridbedrohungen, bei denen politische Extremisten mit organisierter Kriminalität kooperieren
- Radikalisierung im digitalen Raum, oft ohne reale soziale Korrekturen
- Psychisch instabile Einzeltäter, die in Krisenlagen eskalieren
- Gezielte Angriffe auf Einsatzkräfte, um die staatliche Autorität zu untergraben

Diese Gefahren treffen auf eine Polizei, die bereits jetzt an vielen Stellen in Hessen und auch anderen Bundesländern an ihren Belastungsgrenzen arbeitet – personell, technisch und mental.

Wie lange halten sie das aus?

Prävention statt Reaktion – aber nicht ohne Konsequenz

Anschläge wie in Berlin zeigen:

Reines Reagieren reicht nicht aus. Notwendig ist ein ganzheitlicher Sicherheitsansatz, der Prävention, Aufklärung und konsequentes Einschreiten verbindet.

Dazu gehören:

- Frühzeitige Radikalisierungsprävention, auch im digitalen Raum
- Konsequente Beobachtung aller extremistischen Bestrebungen, unabhängig von politischer Richtung
- Enger Informationsaustausch zwischen Polizei, Nachrichtendiensten und Betreibern kritischer Infrastruktur
- Gezielter Objektschutz und technische Sicherung sensibler Anlagen (extern)
- Klare gesetzliche Rahmenbedingungen und politische Rückendeckung für polizeiliches Handeln

Die Polizei ist dabei zentraler Akteur. Sie ist Frühwarnsystem, Interventionsinstanz und Garant staatlicher Handlungsfähigkeit. Diese Rolle kann sie jedoch nur erfüllen, wenn sie angemessen ausgestattet, personell verstärkt und gesellschaftlich unterstützt wird.

Sicherheit ist mit Sicherheit keine Selbstverständlichkeit

Der Schutz des Rechtsstaates ist keine Aufgabe allein der Sicherheitsbehörden. Eine demokratische Gesellschaft lebt vom Mitwirken ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Aufmerksamkeit bedeutet nicht Denunziation. Nicht jede zugespitzte Meinungsäußerung ist extremistisch. Wenn jedoch offen Gewalt legitimiert, der Staat delegitimiert, oder die freiheitliche Grundordnung infrage gestellt wird, darf Schweigen keine Option sein.

Die Geschichte zeigt, wie schnell demokratische Strukturen unter Druck geraten können. Zeiten wie der „Deutsche Herbst“ dürfen sich nicht wiederholen. Zu hoch war der Preis an Menschenleben, zu tief die gesellschaftlichen Narben.

Extremismus – gleich welcher Couleur – und Angriffe auf unsere Infrastruktur sind reale Gefahren. Ihnen wirksam zu begegnen erfordert Wachsamkeit, Professionalität und eine starke Polizei.

Oder anders gesagt: Der Rechtsstaat ist wehrhaft – aber nur, wenn wir ihn auch verteidigen.

Fazit: Sicherheit braucht klare Entscheidungen

Die aktuellen Entwicklungen zeigen unmissverständlich: Die Bedrohung für unseren Rechtsstaat ist real, vielfältig und dynamisch. Extremismus von rechts wie von links, zunehmende Radikalisierung

im digitalen Raum sowie gezielte Angriffe auf kritische Infrastruktur stellen Staat und Gesellschaft vor Herausforderungen, die mit den Instrumenten von gestern nicht mehr zu bewältigen sind.

Der Anschlag auf das Berliner Stromnetz war kein isolierter Vorfall, sondern ein Warnsignal. Er hat offengelegt, wie verwundbar unsere hochvernetzte Gesellschaft ist – und wie groß die Auswirkungen selbst punktueller Sabotageakte sein können.

Die Polizei steht dabei an vorderster Front. Sie ist Frühwarnsystem, Schutzmacht und Krisenmanager zugleich. Doch diese Rolle kann sie nur dann wirksam ausfüllen, wenn politische Verantwortungsträger den Worten endlich Taten folgen lassen.

Sicherheit ist kein Selbstläufer und keine haushaltspolitische Verfügungsmasse. Wer den Schutz kritischer Infrastruktur, die Abwehr extremistischer Bedrohungen und die Handlungsfähigkeit des Rechtsstaates ernst nimmt, muss die Polizei entsprechend ausstatten. Die GdP fordert daher vehement:

- Eine nachhaltige personelle Stärkung der Polizei in allen Bereichen – insbesondere im Staatsschutz, in der Cybercrime-Bekämpfung und beim Objektschutz kritischer Infrastruktur
- Eine moderne technische Ausstattung, die den aktuellen Bedrohungslagen gerecht wird
- Klare rechtliche Befugnisse und eindeutige Zuständigkeiten, damit Prävention und Intervention nicht an formalen Hürden scheitern
- einen intensivierten Informationsaustausch zwischen Polizei, Nachrichtendiensten und Betreibern kritischer Infrastruktur
- Sowie eine politische und gesellschaftliche Rückendeckung.

Ebenso notwendig ist eine offene, ehrliche gesellschaftliche Debatte. Extremismus darf nicht relativiert oder selektiv betrachtet werden. Gewalt gegen den Staat, gegen Einsatzkräfte, oder gegen die Grundlagen unseres Zusammenlebens ist in keiner Form akzeptabel – unabhängig davon, aus welchem politischen Spektrum sie stammt.

Wir brauchen eine starke Polizei, klare politische Entscheidungen und eine Gesellschaft, die Sicherheit nicht erst dann einfordert, wenn sie bereits verloren zu gehen droht.

Die Zeit des Abwartens ist vorbei. Jetzt ist Handeln gefragt. ■

Peter Wittig

DIE HESSISCHEN TARIFVERHANDLUNGEN 2026

NOTWENDIGE SCHRITTE ZUR ANERKENNUNG DER POLIZEI- UND TARIFBESCHÄFTIGTEN

Im Februar 2026 begannen in Hessen die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Angesichts der Herausforderungen der vergangenen Jahre und der teils unzureichenden Wertschätzung durch Politik und Arbeitgeber wird diese Tarifrunde zu einem entscheidenden Moment. Unter dem Credo „Wenn nicht JETZT, wann dann?“ fordert die hessische Gewerkschaft der Polizei (GdP) eine deutliche Verbesserung der Arbeits- und Einkommensbedingungen. Doch was genau steckt hinter diesen Forderungen, und warum sind sie so wichtig?

Herausforderungen der letzten Jahre

Die letzten Jahre waren für die Polizei und andere Bereiche des öffentlichen Dienstes in Hessen äußerst belastend.

Die ständigen Überstunden, fehlende Personalressourcen und die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeschäftigte haben das Arbeitsumfeld zunehmend erschwert. Diese Probleme sind nicht nur temporär, sondern zeichnen sich durch strukturelle Mängel im System aus, die bisher nicht ausreichend adressiert wurden.

Eines der gravierendsten Probleme ist die hohe Zahl unbezahlter Überstunden. Sie sind nicht nur ein persönlicher Stressfaktor für die Betroffenen, sondern wirken sich auch auf die Qualität der Arbeit aus, da die ständige Mehrarbeit auf Dauer nicht tragbar ist. Zudem fehlt es an gezielten Maßnahmen zur Personalgewinnung und -bindung. Die hohe Personalfluktuation und die unzureichenden Fort- und Weiterbildungsangebote verstärken das Gefühl der Überlastung und mangelnden Wertschätzung.

Der fehlende (Freizeit)Ausgleich für die geleistete Mehrarbeit, die strukturellen Mängel bei der Personalplanung und die fortlaufenden Sparmaßnahmen im Haushalt haben das Vertrauen in die Arbeitgeberseite und die Politik stark belastet.

Die Forderungen, die die GdP in diesem Jahr aufstellt, sind daher nicht nur eine Reaktion hierauf, sondern ein Aufruf zu einer grundlegenden Neuausrichtung der Arbeitsbedingungen.

Die politischen und finanziellen Rahmenbedingungen

Ein zentrales Thema der Tarifrunde 2026 ist die Frage der finanziellen Mittel.



Wittig/Kl-gen.

Die GdP weist darauf hin, dass es durchaus genug Geld im öffentlichen Haushalt gibt, um eine deutliche Entgelterhöhung für die Beschäftigten zu ermöglichen. Es geht nicht um das Fehlen von Mitteln, sondern um die politische Prioritätensetzung. „Geld ist vorhanden – es muss politisch richtig eingesetzt werden“, so ein zentrales Statement der Gewerkschaft.

Statt die Mittel für Wahlkampf oder Diäten zu verwenden, fordert die GdP eine gezielte Investition in die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

Dies ist nicht nur eine Frage der fairen Entlohnung, sondern auch der sozialen Gerechtigkeit. In vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes, insbesondere in der Polizei, wird den Beschäftigten zwar eine hohe Verantwortung übertragen, doch die Anerkennung dieser Leistung bleibt oft auf der Strecke.

In den vergangenen Jahren wurden die Beschäftigten regelmäßig mit Belastungen konfrontiert, ohne dass eine entsprechende Entlohnung oder Wertschätzung durch die Arbeitgeberseite erfolgte.

Die zentralen Forderungen der GdP

Die GdP hat mehrere Kernforderungen **Spürbare Entgelterhöhungen:**

Zentrales Anliegen ist eine gerechte Entlohnung. Eine spürbare Entgelterhöhung zeigt die Wertschätzung der Arbeit. **Übernahme des Tarifergebnisses auf Beamte und Versorgungsempfänger:**

Eine zeit- und wirkungsgleiche Übernahme zeigt die Verbundenheit der verschiedenen Gruppen im öffentlichen Dienst. Die gesamte Belegschaft muss gleichermaßen profitieren.

Personalaufstockung und die Schaffung neuer Tarifstellen:

Insbesondere in der Polizei gibt es strukturelle Unterbesetzungen, die nur durch die Schaffung zusätzlicher Tarifstellen und gezielte Hebungen beseitigt werden können.

Faire Arbeitszeitregelungen und Anerkennung von Mehrarbeit:

Die Arbeitsbelastung der Beschäftigten muss verringert und gleichzeitig die Qualität der Arbeit gesichert werden.

Qualifizierung und Weiterbildung:

Fortbildung fördert nicht nur die persönliche und berufliche Entwicklung, sondern auch die Effizienz und Sicherheit im Dienst mit allen Facetten.

Schutz der Beschäftigten vor Gewalt:

Ein besorgniserregendes Phänomen. Die GdP fordert verstärkte Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigten und zur Prävention von Gewalt am Arbeitsplatz.

Verlässliche Finanzierung:

Die finanziellen Mittel im öffentlichen Haushalt dienen nicht nur zur Deckung der Grundbedürfnisse, sondern auch zur Schaffung nachhaltiger Verbesserungen im Arbeitsumfeld der Beschäftigten.

Solidarität als Schlüssel zum Erfolg

Die Tarifrunde 2026 ist nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch der Anerkennung und des Respekts gegenüber den Menschen. Nur durch eine breite und starke Beteiligung der Beschäftigten kann Druck auf die Arbeitgeberseite ausgeübt werden. Wir rufen daher ALLE Mitglieder auf, sich aktiv in die Tarifrunde einzubringen; durch Demos, Warnstreiks und gegebenenfalls Streiks. Wir sind es wert! ■

Jens Mohrherr

REORGANISATION ALS REFLEX – EIN DAUEREXPERIMENT

Reorganisationen haben bei der Polizei inzwischen etwas Zyklisches. Kaum ist eine Struktur etabliert, kaum sind Abläufe eingespielt, folgt die nächste „Neuausrichtung“. P 25, S 25, die Überprüfung von Stäben, Z und Verwaltung – vieles davon ist nicht neu, sondern Teil eines sich wiederholenden Musters. Immer dann, wenn Probleme offenkundig werden und operative Defizite nicht mehr zu übersehen sind, wird die Organisation selbst zum Gegenstand der Lösung erklärt. Doch diese Logik greift auf den zweiten Blick zu kurz.

Symptome werden umgebaut – Ursachen bleiben bestehen

Die hessische Polizei steht ohne Zweifel vor realen Herausforderungen. Die Bedrohungslage wächst, Aufgaben werden komplexer, Erwartungen aus Politik und Gesellschaft steigen kontinuierlich.

Zusätzliche Stellen, etwa im Bereich der Bekämpfung von Kinderpornografie, bei häuslicher Gewalt, oder beim Schutz kritischer Infrastruktur sind notwendig und richtig. Aber sie waren – und das muss klar benannt werden – bei Weitem nicht ausreichend.

Der entscheidende Engpass bleibt bestehen: zu wenig Personal, zu hohe Belastung, unzureichende rechtliche und technische Rahmenbedingungen.

Diese Defizite lassen sich nicht durch Organigramme beheben. Wer versucht, strukturelle Unterfinanzierung und jahrelange Personalverdichtung durch Umorganisation zu kompensieren, verlagert das Problem – und verschärft es oft noch.

Belastungsgrenzen sind längst überschritten

Die Polizeibeschäftigten sind seit Jahren über ihrem Limit. Streifendienst, Ermittlungsgruppen, Kommissariate und Spezialdienststellen arbeiten unter einem permanenten Druck aus Überstunden, Personalausfällen und ständig neuen Aufgaben. Gleichzeitig wachsen Dokumentationspflichten, Berichtswesen und Abstimmungsbedarfe.

In dieser Lage weitere Effizienzsteigerungen zu fordern, bedeutet in der Praxis meist nur eines: noch mehr Belastung für dieselben Menschen. Produktivität lässt sich nicht endlos steigern, wenn die personelle Substanz fehlt. Irgendwann ist jede Belastungsgrenze erreicht – und vielerorts längst überschritten.



Führung wächst – die Basis wird weiter ausgedünnt

Besonders kritisch wird dies dort, wo Reorganisationen faktisch zu einer weiteren Ausweitung von Führungs- und Stabsstrukturen führen, während die eigentliche Polizeiarbeit auf der Straße und in den Ermittlungsdienststellen immer schwieriger wird.

Führung ist wichtig, Steuerung notwendig – aber sie ersetzt keine Einsatzkraft, keinen Ermittler, keine Sachbearbeiterin.

Wenn Reformen vor allem „von oben“ gedacht werden, droht eine Entkopplung von strategischer Planung und polizeilicher Realität. Dann entstehen Strukturen, die verwalten, koordinieren und berichten – während operative Einheiten weiter ausbluten.

Beteiligung ist notwendig – reicht aber bei Weitem nicht aus

Positiv ist festzuhalten: Die GdP bringt sich kritisch, konstruktiv und frühzeitig ein. Transparenz, Beteiligung der Personalräte, Schutz der Beschäftigten im Tarifbereich und klare Laufbahnperspektiven sind unverzichtbar. Dass die Projektverantwortlichen diese Prinzipien betonen und den Dialog suchen, ist richtig und notwendig.

Doch Beteiligung allein löst das Grundproblem nicht. Auch die bestbegleitete Reform bleibt wirkungslos, wenn sie auf einem Fundament aus Personalmangel und finanzieller Knappheit aufsetzt.

Sicherheit kostet – alles andere ist Selbsttäuschung

Der Hinweis auf die angespannte Haushaltslage ist realistisch. Aber Sicherheit darf nicht zur haushaltspolitischen Restgröße werden. Während für die äußere Sicherheit milliardenschwere Programme

aufgelegt werden, bleibt die innere Sicherheit chronisch unterfinanziert. Polizei, Justizvollzug und Verfassungsschutz brauchen vergleichbare Attraktivitäts- und Investitionsprogramme.

Innere und äußere Sicherheit gegeneinander auszuspielen, ist nicht nur politisch kurzsichtig – es ist gefährlich.

Wo liegen die Grenzen?

Die zentrale Frage lautet daher:

Was mutet man der Polizei noch zu? Wie viele Umstrukturierungen sollen Beschäftigte noch verkraften, während die eigentlichen Probleme ungelöst bleiben?

Wie lange sollen Beamtinnen, Beamte und Tarifbeschäftigte die Lücken füllen, die Politik und Haushaltsentscheidungen immer wieder reißen?

Eine nachhaltige Neuausrichtung der Polizei gelingt nicht durch permanente Umbauten, sondern nur durch:

- echte personelle Verstärkung,
- verlässliche, rechtsstaatliche Befugnisse,
- moderne Technik,
- verfassungskonforme Alimentation,
- und starke Tarifabschlüsse.

Alles andere bleibt Stückwerk.

Schlussgedanke

Reorganisation darf kein Ersatz für politische Verantwortung werden. Wer Sicherheit ernst meint, muss bereit sein, sie zu finanzieren – dauerhaft und ehrlich. Die Polizei kann nicht immer wieder neu erfunden werden, um alte Probleme zu kaschieren. Ihre Beschäftigten leisten bereits mehr, als man ihnen zumuten darf.

Die Grenze des Leistbaren ist erreicht. Jetzt braucht es nicht die nächste Strukturdebatte, sondern klare Entscheidungen zugunsten derer, die diesen Staat täglich schützen.

Peter Wittig

TARIFSEMINAR FÜR MITGLIEDER DER GdP

Am 21. Januar veranstaltete die GdP Hessen ein Tarifseminar zum Thema Stellenbeschreibung und Stellenbewertung. Ziel der Fachveranstaltung war es, den Teilnehmenden innerhalb von fünf Stunden die Grundlagen des Tarifrechts sowie insbesondere die für Tarifbeschäftigte zentrale und sehr schwierige Thematik der Stellenbeschreibung, Stellenbewertung und der daraus resultierenden korrekten Eingruppierung nach dem TV-H näherzubringen.



Am 21.01.2026 fanden sich auch im neuen Jahr wieder einmal zahlreiche Mitglieder des Landesbezirks Hessen der GdP zu einem von der in Vielzahl angebotenen Seminaren ein.

Hierbei fand als Jahresaufgangsveranstaltung unter Leitung des sachkundigen Referenten, Herrn Armin Gossel, das sogenannte „Tarifseminar“ im zentral von Hessen gelegenen MAXI-Autohof in Mücke statt.

Dieser bot den im Gros von (fast) allen Polizeibehörden angereisten Beschäftigten und auch den vereinzelt teilnehmenden Beamten einen – insbesondere auch kulinarisch – angemessenen Rahmen im

Rittersaal für die komplexe Materie des Tarifs für Hessen, dem „TV-H“. Dem einzigen eigenen Vertrag in Deutschland.

Bereits nach einigen Minuten ließ sich von Seiten des geeigneten Seminarteilnehmers unschwer konstatieren, dass mit Herrn Gossel nicht nur ein namhafter Referent, sondern auch ein ausgewiesener Kenner und Spezialist des Tarifrechts gewonnen werden konnte.

Sachlich souverän und bei der Vermittlung von Wissensinhalten geschickt führte er durch das Tarifseminar.

Von der inhaltlichen Gliederung des TV-L, über die Tarifautomatik und weiteren Grundsätzlichkeiten, bis hin zur Bespre-

chung der hessischen Entgeltordnung, wurden die Themen akribisch erarbeitet.

Ein reger Austausch unter den Teilnehmern fand statt. Aufkeimende Fragen beantwortete Herr Gossel rechtssicher als auch treffend.

Unter dem Gesichtspunkt, dass auch in den nächsten Wochen wieder im Hessenland die Verhandlungen um den einschlägigen Tarif aufgenommen werden, kam das Seminar zur rechten Zeit, um nochmal die anwesenden Gewerkschafter, Personalräte, Beschäftigten und Beamte zu ertüchtigen, zu sensibilisieren und jenen die nötige Sachkunde mit an die Hand zu geben.

Trotz komplexer Rechtsmaterie war es ein informatives und kurzweiliges Seminar.

Zum Schluss der Veranstaltung zeigten sich alle Anwesenden einig, nämlich darin, dass es ein lohnendes Tarifseminar ihrer GdP gewesen war, bei dem ein Jeder etwas mitnehmen konnte.

So bleibt schließlich zu hoffen, dass das Tarifseminar sein „Revival“ spätestens wieder vor den übernächsten, hessischen Tarifverhandlungen erlebt.

Christian Störkel

Bild: GdP

BESOLDUNG UND TARIF – GdP BEI MINISTER POSECK

Michael Rudolph (DGB-Chef HE-Thüringen), Natalie Jopen (ver.di-Vorsitzende Hessen), Thilo Hartmann (GEW-Vorsitzender Hessen) und der Vorsitzende der GdP- Hessen, Jens Mohrherr, folgten der Einladung von Innenminister Prof. Dr. Roman Poseck am 22. Januar 2026 ins Hessische Innenministerium. Auf der Agenda standen im zentralen Fokus die verfassungswidrige Besoldung und die in Kürze beginnenden Tarifverhandlungen für den TV-H 2026.

Minister Poseck stellte fest, dass die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 19. November 2025 zur Beamtenbesoldung in Berlin eine neue, in dieser Form nicht vorhersehbare verfassungsrechtliche Grundlage darstellt.

Diese entfaltet Bindungswirkung für alle Bundesländer und begründet damit einen unmittelbaren Handlungsauftrag auch für das Land Hessen. Die Anwendung dieser Entscheidung auf die hessi-

sche Besoldungsstruktur ist hochkomplex. Wir sprechen über einen Betrachtungszeitraum von nahezu zehn Jahren, über eine Vielzahl unterschiedlicher Fallkonstellationen und über anspruchsvolle verfassungsrechtliche Berechnungsmodelle.

Diese Berechnungen laufen aktuell noch. Somit hat erste Priorität die Herstellung einer verfassungskonformen Besoldung mit Wirkung ab diesem Jahr.

Berücksichtigungsfaktoren sind das Tarifergebnis zum TV-H 2026:

Es wird im Rahmen der Tarifverhandlungen in Hessen ein Tarifergebnis erwartet, das in geeigneter Weise auf die Besoldung übertragen werden soll.

Ziel ist eine Besoldungsstruktur, die den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts vollumfänglich entspricht. Das wird finanzielle Mittel erfordern und die müssen bereitgestellt werden.

Verfassungskonformität darf nicht an der Haushaltslage scheitern. Die gesetzliche Umsetzung wird nach Abschluss der



Tarifverhandlungen erfolgen und ausdrücklich an den verfassungsrechtlichen Maßstäben des Bundesverfassungsgerichts ausgerichtet sein. Es ist vorgesehen, dies über einen fraktionsgetragenen Gesetzentwurf umzusetzen.

Minister Poseck betonte, dass die Landesregierung eine erhebliche Herausforderung für die Vergangenheit in diesem Zusammenhang hat. Hessen hat jährlich Verjährungsverzichte erklärt.

Es besteht erheblicher Regelungsbedarf, und es ist davon auszugehen, dass Nachzahlungen erforderlich werden. Hier sind Umfang und genaue Dimension derzeit noch nicht absehbar.

Ziel ist es, bis Sommer 2026 die Besoldung mit Wirkung für die Zukunft abschließend zu regeln. Es gibt keine Zusage für rückwirkende Auszahlungen im Jahr 2026. Realistisch sind entsprechende Maßnahmen frühestens ab den Haushaltsjahren 2027 oder 2028, gegebenenfalls in mehreren Tranchen.

Der Ansatz ist klar: Zunächst die verfassungskonforme Besoldung für die Zukunft herstellen – und danach strukturiert die Vergangenheit regeln.

Die Spitzenorganisationen, einschließlich des dbb, haben die gleichen Informationen erhalten.

Wir bleiben weiter im Gespräch, denn es geht um ein Thema von erheblicher Tragweite – und auch um Vertrauen.

Zugesagt ist, dass Gespräche zwischen Tarifabschluss und Gesetzgebungsverfahren mit transparenter Darstellung der Eckpunkte und Berechnungsgrundlagen (inkl. Präsentation) stattfinden.

Die Einbringung des Gesetzentwurfs soll im 2. Quartal 2026 (möglicherweise als Fraktionsgesetz) eingebracht werden. Weitere Gespräche mit dem Finanzminister und innerhalb der Koalition stehen noch aus.

Die finanzielle Gesamtwirkung ist derzeit noch nicht abschließend quantifizierbar. Die haushaltspolitische Lage ist schwierig. Eine deutlich bessere wirtschaftliche Lage ist aktuell nicht absehbar. Gleichzeitig gilt:

Verfassungsrechtliche Vorgaben stehen nicht unter einem Haushaltsvorbehalt.

Es besteht die Hoffnung auf weniger Spardruck ab 2027 – das wird für die Rückwirkung eine Rolle spielen. Abschließender Grundsatz:

Wir bewegen uns hier nicht in Symbolpolitik, sondern in verfassungsrechtlich gebotener Umsetzung.

Das ist rechtlich zwingend, politisch anspruchsvoll und finanziell herausfordernd, aber auch unvermeidbar.

Ziel ist eine verfassungskonforme Besoldung in einem Schritt für die Zukunft und eine strukturierte, rechtssichere Regelung für die Vergangenheit.

Über Jahre hat die Landesregierung das Thema „Verfassungswidrigkeit“ schlichtweg ignoriert. Zeit, zu handeln!

Jens Mohrherr

WENN DER DIENSTUNFALL ABGELEHNT WIRD...

... UND DIE GdP MIT UNTERSTÜTZUNG DES RECHTSSCHUTZES DEN RÜCKEN FREI HÄLT

Ein Widerstand im Dienst, ein schmerzender Daumen – und am Ende ein langer Weg, bis das Offensichtliche anerkannt wird: ein Dienstunfall. Ein Kollege berichtet, was passieren kann, wenn zwischen Ereignis und ärztlicher Erstuntersuchung Zeit vergeht – und warum gewerkschaftlicher Rechtsschutz in solchen Fällen Gold wert ist.

Im Januar 2024 verletzte sich der Kollege bei einem Widerstand am rechten Daumen. Die Schmerzen meldete er unmittelbar in der Dienststelle: zunächst dem direkten Vorgesetzten, im nächsten Dienst auch der Dienststellenleitung.

Schwellung und Rötung dokumentierte er zusätzlich mit Fotos. Weil er hoffte, die Verletzung würde von selbst ausheilen – und auch aus Sorge vor dem bekannten Problem der Vorkasse bei Behandlungskosten – ging er zunächst nicht zum Arzt.

Er versah mehrere Wochen Innendienst und schonte den Daumen. Erst nach neun Wochen ließ er die Beschwerden ärztlich abklären und reichte anschließend Diagnose und Dienstunfallanzeige ein.

Dann kam der Rückschlag:

Das zuständige RP lehnte ab. Begründung sinngemäß: Die Kausalität könne wegen des Zeitverzugs nicht mehr bewiesen werden, theoretisch könne die Verletzung auch später entstanden sein. Für

den Kollegen fühlte sich das wie ein indirekter Betrugsverdacht an – und vor allem wie das Gegenteil von Wertschätzung für Menschen, die im Einsatz die körperlichen Risiken tragen.

Er wandte sich an die GdP. Nach kurzer Rücksprache erhielt er zeitnah und unkompliziert Rechtsschutz. Auch die Zusammenarbeit mit der empfohlenen Rechtsanwältin beschreibt er als sehr professionell.

Im Oktober 2025 fand die Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht Frankfurt am Main statt.

Mitte November 2025 kam die Entscheidung: Der Dienstunfall wurde anerkannt, ebenso die eingereichte Diagnose.

Binnen weniger Tage wurden dem Kollegen die vorgestreckten Behandlungskosten in Höhe von rund 650 Euro erstattet, der Anerkennungsbescheid folgte.

Besonders hängen blieb dem Kollegen eine Aussage aus dem Gerichtssaal:

Die RichterIn habe deutlich gemacht, dass sie solche Fälle immer wieder erlebe – und dass fehlende Wertschätzung Menschen sogar dazu bringen, den Dienst zu quittieren.

Dazu passte ein Satz der Gegenseite aus der Verhandlung, der beim betroffenen Kollegen nur Kopfschütteln auslöste: Es habe „ja nur ein passiver Widerstand“ vorgelegen.



Wittig/Ki-gen.

Für die Betroffenen fühlt sich „nur“ allerdings häufig ganz anders an.

Dieser Fall zeigt zwei Dinge sehr klar:

1. Unfallereignis sofort melden – und ärztlich so früh wie möglich dokumentieren lassen. Gerade bei scheinbar „kleinen“ Verletzungen kann die Beweislage sonst zum Problem werden.
2. GdP-Mitgliedschaft heißt Rückendeckung. Wenn die Anerkennung verweigert wird, lassen wir niemanden alleine – rechtlich, organisatorisch und vor allem menschlich.

Wenn ihr Fragen zur Dienstunfallfürsorge, zur Dokumentation oder zum Vorgehen habt: Meldet euch bei eurer GdP vor Ort.

Redaktion

GLEICHE STRASSE – UNGLEICHE REGELN

WARUM FAHRÄDER NICHT LÄNGER IM RECHTSFREIEN RAUM UNTERWEGS SEIN SOLLTEN

Wenn es um Polizeiarbeit geht, habe ich eine sehr große, persönliche Passion, der ich interessanterweise jedoch nur in der polizeilichen Theorie und fast schon privat fröne: der Straßenverkehr und seine Akteure. Da mir offensichtlich die privaten und dienstlichen Fahrten nicht ausreichen, um mich aktiv diesem Thema zu widmen, folge ich einer Vielzahl an Dashcam-Kanälen. Für mich sind diese Formate so etwas wie das Trash-TV des Privatfernsehens, weil ich mich ohne eigenes Risiko an den wahnsinnigen Manövern und unvorstellbaren Dummheiten fragwürdiger Personen ergötzen kann. Dabei ist die existenzielle Grundlage dieser Kanäle die Kombination aus allgegenwärtigem Voyeurismus und der sehr traurigen Entwicklung, dass viele Verkehrsteilnehmer das Gefühl haben, sich aktiv vor anderen Menschen schützen zu müssen.

Es ist eine dieser Szenen, die jeder kennt und bei denen man sich immer wieder fragt, ob es so etwas wie Schutzengel wirklich gibt:

Eine Ampelkreuzung in der Innenstadt, dichter Feierabendverkehr, ein Kind an der Hand der Mutter. Trotz grüner Ampel für die Fußgänger ein kurzer Blick nach links, ein Blick nach rechts. Frei. Mutter und Kind gehen los. Dann ein Surren.

Ein E-Bike schießt an den wartenden Autos und knapp an den beiden Fußgängern vorbei. Vielleicht 25 Stundenkilometer, vielleicht mehr. Bremsen, Schreie, Herzklopfen. Glück gehabt. Heute.

Wer war das eigentlich? Keine Ahnung. Kein Kennzeichen, keine Identität, keine Möglichkeit, den Vorfall aufzuklären. Keine Möglichkeit einen rücksichtslosen Menschen zur Verantwortung zu ziehen.

Nicht immer gehen diese Situationen gut aus. Im Oktober 2025 fährt ein E-Bike-Fahrer in Alzenau (Landkreis Aschaffenburg) ein zehnjähriges Mädchen auf einem Fußgängerüberweg an und verletzt dieses schwer.

Anstatt sich um das Mädchen zu kümmern, flüchtet er unerkannt vom Unfallort, stellte sich später selbst der Polizei. Im September 2025 verletzte ein 21-jähriger E-Bike-Fahrer einen 85-jährigen Fußgänger in Schwelm (Ennepe-Ruhr-Kreis) schwer, der eine Straße überqueren wollte.

Willkommen im modernen Straßenverkehr – mit einem erstaunlich großen blinden Fleck: dem Fahrrad!

Dabei ist das Grundprinzip unseres Verkehrsrechts eigentlich klar und über Jahrzehnte bewährt:

Straßenverkehr birgt Risiken. Wer am Verkehr teilnimmt, hat seine Eignung und die seines Gefährts nachzuweisen, ist identifizierbar und haftet für die Schä-

den, die er verursacht. Motorräder tragen Kennzeichen, Autos sowieso. Roller auch.

Selbst E-Scooter, die leichter, langsamer und in vielen Fällen deutlich weniger massiv sind als ein Fahrrad, benötigen ein Versicherungskennzeichen. Nur das Fahrrad nicht und damit ausgerechnet das Verkehrsmittel, das durch den Siegeszug der E-Bikes längst kein harmloser Drahtesel mehr ist.

Moderne E-Bikes bringen schnell 20 bis 30 Kilogramm auf die Waage und erreichen Geschwindigkeiten, die im Stadtverkehr mit denen motorisierter Fahrzeuge konkurrieren.

Damit sind sie sogar im Durchschnitt schwerer als die meisten E-Scooter und in ihrer Höchstgeschwindigkeit nicht starr begrenzt. Dazu kommt, dass sie sich im Gegensatz zu den klassisch motorisierten Gefährten zwischen Autos, Fußgängern, Kindern und älteren Menschen bewegen – oft auf engem Raum, nicht selten dort, wo sie eigentlich gar nicht fahren dürften. Das Gefahrenpotenzial ist real.

Gerade für Fußgänger ist ein Zusammenprall mit einem so schnellen und schweren Gefährt aus Metall ein erhebliches Gesundheitsrisiko.

Dabei sind E-Bikes natürlich deutlich risikobehafteter, aber auch ein reguläres Fahrrad reicht für schwere Unfälle vollkommen aus.

Haftungs- und Versicherungsfragen

Spätestens beim Blick auf die Haftungsfrage wird die Schieflage der aktuellen Situation deutlich.

Wird ein Fußgänger von einem Auto erfasst, greift die Kfz-Haftpflicht. Beim E-Scooter ebenfalls.

Wird ein Fußgänger von einem Fahrrad oder E-Bike verletzt, hängt alles vom „guten Willen“ des Verursachers und von dessen privater Haftpflichtversicherung



Bilder: Spangenberg/Ki-gen.

ab, sofern überhaupt eine besteht und den Schaden abdeckt.

Tut sie das nicht, bleibt das Opfer oft allein zurück. Mit Behandlungskosten, Verdienstausschlag, Folgeschäden, rechtlichem Ärger. Der Schaden ist dann genauso real wie die fehlende Vorsorge durch den Gesetzgeber, der andere gleich gelagerte Fälle durch eine Versicherungspflicht deutlich angenehmer für die Geschädigten gestaltet und bewusst eine Absicherung geschaffen hat.

Hier zeigt sich deutlich, worum es eigentlich geht:

Gleichbehandlung und Schutz im Verkehrsraum

Nicht im moralischen Sinne, sondern im rechtlichen und systemischen. Wer ein vergleichbares Risiko schafft, sollte auch vergleichbare Pflichten tragen.

Es ist kaum vermittelbar, warum ein E-Scooter mit 20 km/h und geringem Gewicht versicherungspflichtig ist, ein E-Bike mit 25 km/h, höherer Masse und erheblich größerer Reichweite aber nicht. Noch schwerer erklärbar ist, warum sich der Schutz der Opfer nach der Antriebsart richtet – und nicht nach dem tatsächlichen Schadenspotenzial.

Schon rein physikalisch betrachtet, ist das Schadenspotenzial eines E-Bikes deutlich höher als das eines E-Scooters, da ein höheres Gewicht und eine höhere Geschwindigkeit zu mehr kinetischer Energie führen.

Ein E-Bike mit einem 100kg schweren Mann bei 25 km/h entfaltet bei einem Unfall mit einem Fußgänger in etwa die gleiche Energie (rund 3,1kJ) wie ein Kleinwagen mit 10km/h.

Die Ungleichbehandlung hat Folgen, auch für die Akzeptanz von Regeln. Fahrradfahrer stehen seit Jahren in der Kritik, Verkehrsregeln häufiger zu missachten – Rotlicht, Gehweg, Vorfahrt.

Ob diese Kritik immer gerechtfertigt ist, sei dahingestellt. Entscheidend ist das strukturelle Problem:

Ohne Kennzeichen ist eine nachträgliche Identifizierung kaum möglich

Ohne Identifizierung keine Sanktion. Ohne Sanktion kein Lerneffekt.

Wer sich regelkonform verhält, fühlt sich benachteiligt. Wer sich rücksichtslos verhält, fährt davon, auch bei Kontrollen. Rechtsgleichheit sieht anders aus und sind wir doch mal ehrlich: Droht keine Strafe, verhält ein Mensch sich deutlich weniger sozialkonform.

Schreckgespenst Verwaltungsaufwand

An dieser Stelle wird regelmäßig ein bestimmter Einwand erhoben, um trotz nachvollziehbarer Argumente den aktuellen Mangelzustand beizubehalten:

Der drohende Verwaltungsaufwand.

Zu viele Fahrräder, zu viel Bürokratie, zu viele Kosten.

Ein bekanntes Argument, aber auch eines, das bei genauerem Hinsehen an Überzeugungskraft verliert.

Die Versicherungsgesellschaften betreiben bereits heute millionenfache Verwaltung für Versicherungskennzeichen: für Mofas, Roller, Kleinkrafträder und E-Scooter. Die Systeme existieren, sie funktionieren, sie sind erprobt.

Die einzige Herausforderung ist die potenzielle Masse an Objekten. Schätzungen gehen von über 80 Millionen Fahrrädern aus, die in Deutschland existieren. Blicke ich in den Fahrradkeller unseres Mehrfamilienhauses, dürfte jedoch die Menge „aktiver“ Fahrräder deutlich geringer ausfallen.

Die bekannten Prozesse aus dem Bereich der Versicherungskennzeichen mit den dahinterliegenden Mechanismen und Berechnungsgrundlagen können schlicht angepasst und entsprechend skaliert werden. Das größte Problem dürfte hierbei sein, dass das aktuelle Format der Versicherungskennzeichen aus drei Buchstaben und drei Zahlen besteht und nicht für alle zukünftigen Fahrzeuge reichen dürfte. Ein vergleichsweise kleines Problem, wenn man mich fragt.

Klar, Bürokratie ist unbequem – aber sie ist der Preis für Verlässlichkeit, Fairness und Rechtssicherheit und gemeinsame Regeln sind vor allem dort wichtig, wo Menschen aufeinandertreffen.

Eine Kennzeichen- und Versicherungspflicht für Fahrräder

Sie ließe sich pragmatisch umsetzen: angelehnt an eben jene etablierten Prozesse, mit niedrigen Beiträgen für norma-



le Fahrräder, etwas höheren für E-Bikes, mit klaren Ausnahmen für Kinder unter 14 Jahren.

Kein bürokratisches Monster, sondern eine sachgerechte Erweiterung eines bestehenden Ordnungsrahmens mit einem klaren Ziel: Fahrräder, die auf öffentlichen Wegen genutzt werden, müssen eine Haftpflichtversicherung und ein entsprechendes Versicherungskennzeichen vorweisen.

Für die Verkehrssicherheit des Gefährten haften Fahrzeughalter und Fahrzeugführer

Beim Neukauf muss zukünftig vom Händler ein Pass ausgestellt werden, der alle notwendigen Daten enthält, die zum Fahrrad gehören, quasi eine Art einheitlicher Fahrradpass.

Bereits im Gebrauch befindliche Fahrräder kommen mit freiwilligen Angaben zu Hersteller, Modell, Farbe und eventueller Rahmennummer aus. Für E-Bikes sind diese Angaben auch bei älteren Modellen verpflichtend. Ein Balance-Akt zwischen möglichst simpler Umsetzung und Erreichen des verfolgten Ziels, aber ein machbarer.

Mit erschwinglichen Beiträgen, die steuerlich als Mobilitätsgarantie absetzbar sein sollten und im Rahmen von Sozialleistungen auch erstattet werden, wird auch niemand benachteiligt und die Teilnahme am Straßenverkehr steht weiterhin jeder Person offen.

Eine Vision oder Handlungszwang?

Diese Vision kann man teilen, oder eben nicht. Ich sehe Bürokratie und Verwaltung als Mittel zum Zweck und am Ende geht es um eine grundsätzliche Frage:

Wollen wir Verkehrsarten weiter künstlich und unbegründet abgrenzen oder

wollen wir den Verkehrsraum als das behandeln, was er ist: ein gemeinsamer Raum mit gemeinsamen Risiken und gemeinsamen Regeln?

Fahrräder sind ein wichtiger Bestandteil unserer modernen Mobilität. Aber moderne Mobilität braucht moderne Regeln. Wer am Verkehr teilnimmt, sollte identifizierbar sein, haften können und Verantwortung tragen – nicht aus Misstrauen, sondern aus Fairness gegenüber denen, die den Schaden tragen, wenn etwas schiefgeht. ■

Alexander Björn Spangenberg

Hinweis der Redaktion:

In der nächsten Ausgabe des Polizeireport im Juni 2026 erscheint der nächste Artikel des Autors zum Thema „Straßenverkehr“.

Thema wird sein: „Eine Geschichte über die Beziehung von Führerschein und Selbstverständlichkeit“.

Neugierig geworden?

Hier ein paar Zeilen daraus als Vorabprint:

...*„Unser System reagiert spät, verhalten und wenig konsequent auf auffällige Personen und stellt den Erwerb und Bestand einer Fahrerlaubnis über das Interesse der Allgemeinheit an sicherem Straßenverkehr. Mit ein wenig Polemik könnte man sagen, dass es in Deutschland deutlich zu schwer ist, seine Fahrerlaubnis zu verlieren.*

Ein weiteres Problem bei der Identifizierung gefährlicher Verkehrsteilnehmer ist nach meiner Wahrnehmung aber auch die Polizei bzw. die Justiz selbst. Ich habe bereits diverse, klare Sachverhalte privat angezeigt und bin ausnahmslos jedes Mal vom Ausgang schwer enttäuscht worden.

Beispiele gefällig?

- *Jemand fährt rückwärts auf dem zur Nutzung geöffneten Standstreifen der Autobahn, ich muss eine Gefahrenbremsung durchführen, um einen Unfall zu verhindern. – „Keine konkrete Gefährdung ersichtlich. Die Strafanzeige wird eingestellt.“*
- *Jemand überholt im Gegenverkehr mit einem vollbesetzten Fahrzeug und stark überhöhter Geschwindigkeit, sodass ich stark bremsen und zum Fahrbahnrand ausweichen muss? „Das ist nur eine Ordnungswidrigkeit.“*
- *Das aber noch nicht alles: Eben jener Täter zieht als Reaktion auf meine Lichthupe – klar erkennbar absichtlich – kurz vor mir noch mal deutlich mehr vor mein Fahrzeug, lenkt im letzten Moment nach rechts auf seine Spur und schreit währenddessen mit wutverzerrtem Gesicht: „Sie sind doch ausgewichen, dann war das keine ausreichende Gefährdung. Sie können sich einen Zeugenfragebogen abholen...“*

Sind wir also gespannt auf den gesamten Artikel des Autors. ■

Redaktion

WAFFENVERBOTSZONEN-TRAINING STADTPOLIZEI

GdP UNTERSTÜTZT PRAXISNAHES EINSATZTRAINING FÜR UNSERE STADTPOLIZEIEN

Die Verwaltungsakademie Hessen hat in Wiesbaden Ende 2025 erstmals ein neues Fortbildungsformat zum Thema Waffenverbotzonen durchgeführt. Das Seminar richtet sich insbesondere an hessische Stadtpolizeien, die gemäß § 99 HSOG über die gleichen Befugnisse im Rahmen ihrer Aufgaben wie Polizeivollzugsbeamte verfügen. Die GdP befürwortet und unterstützt dieses praxisorientierte Angebot, da es die Handlungs- und Arbeitssicherheit der Beschäftigten maßgeblich stärkt.



Bilder: Fellinger

Theorie und Praxis eng verzahnt

Ein Dozent der HöMS vermittelte kompakt die rechtlichen Grundlagen – von der Einrichtung kommunaler Waffenverbotzonen, bis hin zu verdachtsunabhängigen Kontrollen. Besonders relevant:

Der gesamte hessische ÖPNV im Nahverkehr ist Waffenverbotzone – inklusive Wartehäuschen und Zugangsbereiche.

Direkt anschließend setzten die Teilnehmenden das Gelernte in abwechslungsreichen Praxisszenarien um.

Unter Anleitung eines Einsatztrainers der Hessischen Polizei wurden dynamische Einsatzlagen trainiert, in denen Darsteller unterschiedlich agierten – von kooperativ bis hochgradig aggressiv.

Ein Schwerpunkt lag auf verdeckte Waffen, die in der Realität oft unauffällig und raffiniert verborgen sein können.

Schon einmal an ein Messer in der Gürtelschnalle gedacht? Oder an eine vermeintliche Scheckkarte in der Seitentasche, die sich als scharfes Messer entpuppt?

Auch die Wollmütze oder Basecap durchsucht?

Diese Beispiele verdeutlichten, wie wichtig präzise Kontrolle und geschulte Aufmerksamkeit sind.

Starke Gewichtung auf Kommunikation und Deeskalation

Ein weiterer zentraler Punkt des Trainings: Verbale Deeskalationstechniken.

Professionelle Kommunikation ist ein wesentlicher Baustein, um Konflikte frühzeitig zu entschärfen und Einsätze sicher zu gestalten. Die Teilnehmenden übten:

- klare, ruhige und strukturierte Ansprache,

- situationsangepasstes Kommunikationsverhalten,
- Eskalationsstufen erkennen und sprachlich steuern,
- gezielte Gesprächsführung zur Gefahrenminimierung,
- Trainingsschwerpunkte im Überblick,
- taktische und deeskalierende Ansprachen,
- strukturierte Personen- und Taschenkontrollen,
- Durchsuchungen mit Fokus auf Eigen-sicherung,
- Fesselungs- und Sicherungstechniken,
- Erkennen ungewöhnlicher Verstecke,
- geordneter Rückzug und Verstärker-nachforderung.

Relevanz für alle Kommunen

Auch Kommunen ohne eigene Waffenverbotzone profitieren unmittelbar, da Stadtpolizeien regelmäßig in Bereichen tätig sind, die im ÖPNV automatisch zu Waffenverbotzonen gehören. Hier können alltägliche Lagen schnell dynamisch und risikobehaftet werden.

GdP: Einsatztrainings unverzichtbar

Die GdP setzt sich dafür ein, dass solche Aus- und Fortbildungen weiter ausgebaut werden. Für die Gewerkschaft steht klar im Fokus:

- mehr Handlungssicherheit,
- mehr Arbeitssicherheit,
- professioneller Umgang mit Einsatzmitteln,
- solide Vorbereitung auf realistische, anspruchsvolle Einsatzlagen.

Ausblick: Weitere Termine, flexible Module und Inhouse-Schulungen

Die Verwaltungsakademie plant zusätzliche Termine und bietet maßgeschneiderte Trainings an – darunter Übungen in

Bussen, an Haltestellen, oder in anderen ÖPNV-Bereichen. Auch Inhouse-Schulungen direkt in Kommunen sind möglich, um noch gezielter auf örtliche Besonderheiten einzugehen.

Mein Fazit

Das neue Trainingsformat der Verwaltungsakademie Hessen verbindet rechtliche Sicherheit, taktisches Können und kommunikative Kompetenz zu einer modernen, einsatznahen Aus- und Fortbildung.

Ein Blick auf die Homepage der Verwaltungsakademie (www.hvsv.de) lohnt sich:

Die dort angebotenen Seminare, Fortbildungen und Einsatztrainings sind vielfältig, praxisorientiert und eine wertvolle Ergänzung für jede Kommune – und für alle, die ihre Kompetenzen im täglichen Einsatz weiter stärken möchten. ■

Ernesto Castrejon

**Gemeinsam
sind wir stark -
darum GdP!**



**Gewerkschaft
der Polizei**

www.gdp.de/hessen

„MEHR GEHT IMMER“ – EIN DEMOTIVATIONSWORKSHOP

ZWISCHEN PLENARSAAL UND PROTOKOLL – EIN SICHERHEITSTALK BESONDERER ART

Im hessischen Landtag trifft der Demotivationstrainer D. auf Innenpolitiker X. Was folgt, ist kein normales Gespräch, sondern ein satirischer Hindernislauf durch Zuständigkeiten, Befindlichkeiten und wohlmeinende Floskeln. Die hessische Polizei spielt dabei die Hauptrolle – mal als Allzwecklösung, mal als Projektionsfläche. X. erklärt mit staatsmännischem Ernst, warum alles unter Kontrolle ist. Zwischen Motivationsloch und Law-and-Order-Rhetorik entsteht ein Dialog, der weniger aufklärt als entlarvt.



Wittig/Kl-gen.

Der Ort:

Ein Konferenzraum im Wiesbadener Landtag.

Die Teilnehmer:

- Politiker X – zuständig für „Innere Sicherheit und äußere Geduld sowie Moral“
- Dr. D – zertifizierter Demotivationstrainer, Schwerpunkt: Behörden
- Eine Thermoskanne mit abgestandenerm lauwarmer Filterkaffee

Dr. D: (klatst einmal langsam)

Herzlich willkommen zu „Mehr geht immer – Motivation erfolgreich vermeiden“. Heute lernen wir, wie Sie Ihre Landesbeschäftigten im Polizeibereich endlich dahin bringen, wo sie hingehören: in die innere Kündigung.

X: Sehr gut. Wir haben das Gefühl, die sind immer noch... zu engagiert.

Dabei haben wir in den vergangenen Jahrzehnten so viel versucht um die Stimmung zu senken. Die Erhöhung der Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden auf 42 im Jahre 2003.

Vorher konnte der Schichtdienst tatsächlich selbst mit 5 Dienstgruppen mal einen ganzen Umlauf im Monat freimachen. Wo sollen wir da hinkommen?

Mit der Erhöhung durfte ca. ein Monat pro Jahr kostenlos gearbeitet werden! Selbst mit der Senkung auf 41 im Jahr 2017 ist Hessen im Vergleich mit anderen Bundesländern noch vorn!

Die Erhöhung der Lebensarbeitszeit 2010! Endlich Verbrecherjagd bis 62, ob die Bandscheibe raus springt oder nicht. Gerade für diejenigen die mit 60 Jahren Dienstzeit und 38,5-Stundenwoche vom Einstellungsberater geködert wurden gab das erst mal einen Dämpfer.

Ach ja, der Roland K., das war ein Genie im Bereich der Demotionswissenschaften.

Dr. D: (nickt aufmunternd)

Ja, das hat die Motivation Schritt für Schritt gesenkt, aber denken sie an das Langzeitprojekt! Der Ausstieg aus der Tarifgemeinschaft der Länder 2010. Mann, da konnte so richtige Kohle gespart werden – also bei den Beschäftigten, natürlich nicht bei uns Politikern. Das sorgt nicht nur einmal für Demotivation, sondern dauerhaft.

X: Ja, aber jetzt kommen dauernd Klagen und Urteile rein dass das nicht verfassungskonform war... müssen wir am Ende... nachzahlen?

Dr. D: (drückt den traurig und sparsam schauenden Politiker mitfühlend):

Ja, aber wir machen das Beste daraus, zögern es möglichst lange hinaus und zahlen nur an diejenigen, die Widerspruch eingelegt haben.

X: Am besten lassen wir es die Landesbeschäftigten selbst bezahlen... weniger Beförderungsmöglichkeiten und weniger Neueinstellungen. Stellenhebungen gibt's keine mehr. Oder Weiterentwicklungsmöglichkeiten im Tarifbereich.

Dr. D: Sehr gut Herr X, ich sehe unsere Treffen haben sich bezahlt gemacht. Aber wir müssen noch ein paar demotivierende Dinge verordnen – nur der Rotationserlass und AQV reichen nicht aus, um mehr Beschäftigte in die Kündigung zu treiben. Klar, das werden immer mehr die beim Land kündigen, aber lange nicht genug.

X: Na gut, für die Wachpolizei haben wir uns ja was einfallen lassen...

„Schärfung der Aufgaben“, gnihihi. Nur nicht außerhalb des Gewohnten, was am Ende noch Abwechslung bietet, oder Spaß machen könnte.

Und Verwendungsmöglichkeiten für Wachpolizisten, die keinen Schichtdienst mehr machen können, die suchen wir aus Prinzip nicht raus. Oder eine bessere Absicherung.

Dr. D: Alles gute Ansätze, aber wir brauchen noch mehr Demotivation.

X: Wir lassen viele unnötige Mails weiterleiten mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung?

Dr. D: Das passiert doch seit es E-Mails bei der Polizei Hessen gibt dauernd. Der überwiegende Teil wird gelöscht. Die Beschäftigten sind einfach zu abgestumpft. Na, soll ich einen Tipp geben?

X: Nein, nein, ich komme drauf... Wir organisieren einfach alles um.

D: Wie alles?

X: Na, alles eben, den Ermittlungsbereich, den Schichtdienst, Z, V... alles eben. Wir vereinheitlichen alles, alle Behörden, Brecheisen statt Präzision. Ob es passt oder nicht, ob Liegenschaften dazu vorhanden und geeignet sind oder nicht, egal. Und möglichst viele sollen wechseln, Tätigkeit oder Dienort, am besten beides. Auch die Beschäftigten kurz vor dem Ruhestand. Ermittlungsgruppen, pffft, wer braucht das...

Dr. D: Ein ausgezeichnete Vorschlag! Auch Sie sind ein Genie im Bereich der Demotivation! Wir behaupten einfach, es geht nicht anders und vorher sei alles ineffizient gewesen. Allein der Verwaltungsaufwand! Aber da geht noch mehr. Ich glaube an sie!

X: Okay, okay...hmmm. Okay, wir nehmen einfach ganz vielen Führungskräften ihre Führungsaufgaben weg. Auch denen, die schon viele Jahre Führungsaufgaben haben. So geht Perspektivlosigkeit!

Dr. D: Okay, aber die Führungsaufgaben müssen doch erledigt werden?

X: Na klar, das machen dann die Führungskräfte, die noch Führungsaufgaben haben – nur haben die nun für das gleiche Geld noch viel mehr zu tun.

Man muss bei der Demotivation auch um die Ecke denken! Das bringt nachhaltige Mutlosigkeit.

Und erst der Schichtdienst! Was werden die sagen, wenn sie nicht mehr ihre beliebten Schichtmodelle nutzen dürfen...

Dr. D: Okay, okay, aber was, wenn Kritik kommt? Gerade diese nervigen Personalräte und Gewerkschafter, die machen

dass ja dauernd und behaupten, es sei ihre Aufgabe. Impertinente Weltverbesserer!

X: Naja, wenn mundtot machen nicht funktioniert, framen wir sie einfach als „Miesmacher“ und nennen das Demotivationsprojekt eine „Herausforderung“. Framing und Euphemismen, einfach aber wirksam.

Dr. D: Perfekt das Erlernete eingesetzt.

Ich sehe, ich konnte Ihnen weiterhelfen. Sagen wir nun alle gemeinsam:

„Wir schätzen Ihre Arbeit sehr und danken für ihren Einsatz.“

X: „Wir schätzen Ihre Arbeit sehr und danken für ihren Einsatz!“

Dr. D: Und nun das Wichtigste:

Tun Sie nichts, was dazu passt.

(Stille. Der Kaffee ist leer. Niemand füllt nach).

X: Ich fühle mich großartig. Können Sie nicht nächstes Jahr wiederkommen?

Dr. D: Natürlich. Dann machen wir den Aufbaukurs:

„Wertschätzung glaubwürdig vermeiden – mit PowerPoint.“

Beide nicken zufrieden.

Draußen fährt ein Streifenwagen vorbei. Das Blaulicht flackert – der Motor hustet.

Markus Hüschentbett

MIT ZUVERSICHT UND ENGAGEMENT INS JAHR 2026

Ein bewährtes Angebot wird auch 2026 fortgeführt: Das Motorradtraining der JUNGEN GRUPPE (GdP) soll bereits zum dritten Mal stattfinden. Die hohe Nachfrage und die positiven Rückmeldungen aus den vergangenen Jahren bestätigen den Mehrwert dieses Formats, das sowohl die fahrerische Sicherheit als auch den kollegialen Austausch in den Mittelpunkt stellt.

Darüber hinaus ist für den Sommer 2026 ein Seminar zur professionellen Videoerstellung geplant. Thematisch wird es um die zeitgemäße Aufbereitung von Inhalten für soziale Medien wie Instagram gehen.

Ziel ist es, den Teilnehmenden grundlegende Kenntnisse und praktische Fähigkeiten zu vermitteln, um die Öffentlichkeitsarbeit der JUNGEN GRUPPE (GdP) modern, authentisch und zielgruppengerecht zu gestalten.

Auch bei den Einstellungsterminen im Februar und September 2026 wird sich die JUNGE GRUPPE aktiv einbringen.

An allen Standorten der Hochschule für Polizei und Verwaltung (HöMS) in Hessen

werden Vertreterinnen und Vertreter der JUNGEN GRUPPE (GdP) präsent sein, um die neuen Anwärterinnen und Anwärter willkommen zu heißen, zu informieren und frühzeitig für gewerkschaftliche Jugendarbeit zu sensibilisieren.

Ein weiterer Schwerpunkt im Jahr 2026 wird die Durchführung der Landesjugendvorstandssitzungen an wechselnden Orten in ganz Hessen sein. Damit soll die landesweite Vernetzung weiter ausgebaut und der direkte Austausch mit den Mitgliedern vor Ort gestärkt werden.

Nach der Wahl des neuen Landesjugendvorstandes im September 2025 richtet sich der Blick nun geschlossen nach vorn.

Mit neuen Impulsen, klaren Zielen und großer Motivation geht die JUNGE GRUPPE (GdP) in das Jahr 2026 und setzt sich weiterhin engagiert für die Interessen junger Kolleginnen und Kollegen ein.

Leserinnen und Leser, die Anregungen haben oder den Kontakt zur JUNGEN GRUPPE (GdP) suchen, können sich gerne über folgende Kontaktadressen bei uns oder mir persönlich melden:

Mein Name ist Lukas Brauer, Vorsitzender der Junge Gruppe Hessen

Ich habe von 2018 bis 2021 das K-Studium an der (damals noch) HfPV in Kassel durchgeführt. Anschließend ging es für mich von 2021 bis 2023 nach Korbach zum K20 (Betrug). Danach von 2023 bis jetzt nach Kassel in die KD zum K35, wo ich erst in der EG Raub war und zur Zeit in der EG MIT arbeite. Gewerkschaftlich bin ich seit 2020 in der BZG Nordhessen aktiv, erst als Vertreter der Jungen Gruppe im Bezirksgruppenvorstand, dann ab 2024 zum Landesvorsitzenden der JG Hessen gewählt und im September 2025 im Amt bestätigt. Seit Amtseinführung auch Mitglied des Bundesjugendvorstandes.

hessen@gdp-jg.de oder
lukas.brauer@gdp.de

Lukas Brauer

Bild: Brauer



LANDESFACHAUSSCHUSS KRIMINALPOLIZEI TAGTE

Am 02.12.2025 traf sich der Landesfachausschuss Kriminalpolizei in der Geschäftsstelle in Wiesbaden zu seiner regelmäßigen Sitzung. Ziel der Gründung ist und war, die kriminalpolizeilichen Themen aus Gewerkschaftssicht fachlich zu betrachten, zu bewerten, um im besten Fall so Verbesserungen für die Beschäftigten erreichen zu können. Neben den anderen Sparten soll auch den Beschäftigten der Kriminalpolizei innerhalb der Gewerkschaft gleichberechtigt eine deutliche Stimme verliehen werden.

Zunächst wurde die Tätigkeit des noch jungen Fachausschusses im vergangenen Jahr durch dessen Sprecher Peter Vitze beleuchtet. Nach der Gründung im November 2024 konnte im März 2025 das „Symposium Cybercrime“ in Hofheim durchgeführt werden. Es war eine sehr gute Veranstaltung, wir haben bereits darüber ausführlich berichtet.

Bestimmendes Thema im letzten Jahr war das Projekt P 25. Hierzu wurde im September mit dem Landesfachausschuss Kriminalpolizei der GdP aus Rheinland-Pfalz Kontakt aufgenommen. Dort wurde ein ähnliches Projekt (KriBe 5.0) bereits umgesetzt. Es kam hier zum Erfahrungsaustausch mit den Kollegen jenseits des Rheins, welcher in Zukunft fortgesetzt werden soll.

Themenschwerpunkte der aktuellen Sitzung waren u.a. der Wegfall von Funktionsstellen, Ungewissheiten bei der zukünftigen Verwendung bei Kolleginnen und Kollegen in einzelnen Bereichen, generelle Problematiken bei der Zentralisierung.

Auch die Schnittstellen mit dem Wechselschichtdienst, Fachkarrieren, JULIUS vs. -VS nFD-, Desksharing, sowie Schwellen-



werte beim Deliktscatalog. Der Landesfachausschuss positioniert sich klar:

Der Stellenplan darf sich nach der Umsetzung von P 25 nicht ändern! Es muss zeitnah ein Konzept „Fachkarrieren“ geben!

Bezüglich eines zukünftigen Modells „Desksharing“ muss Transparenz geschaffen werden!

Als Gast an der Sitzung nahm Daniel Klimpke teil, der über aktuelle kriminalpolizeiliche Themen aus dem Hauptpersonalrat berichtete. Als Vertreter für Lars Elsebach (BFA Kripo) zur Teilnahme an deren Sitzungen erklärte sich Peter Vitze bereit.

Der Landesfachausschuss wird zukünftig zwei Mal pro Jahr tagen, die nächsten Sitzungen sind terminiert.

Peter Vitze

GdP-MITGLIEDER KÖNNEN JETZT STEUERN SPAREN

Gewerkschaftsmitglieder, die im Alltag nur wenige beruflich bedingte Ausgaben (also „Werbungskosten“) haben, können ab diesem Jahr zusätzlich Steuern sparen. Ab dem 1. Januar 2026 wirken sich Gewerkschaftsbeiträge steuerermäßigend aus, selbst wenn die jährlichen Werbungskosten den Arbeitnehmer-Pauschbetrag von 1.230 Euro nicht überschreiten. Einzige Voraussetzung: Die Mitglieder müssen eine Steuererklärung abgeben.

Was galt bisher?

Viele Beschäftigte müssen keine Steuererklärung abgeben. Wenn jemand ausschließlich Arbeitslohn bezieht und die Werbungskosten – Arbeitsweg, Arbeitskleidung, Gewerkschaftsbeitrag – unter 1.230 Euro liegen, brauchte man bisher keine Erklärung. Der Arbeitnehmer-Pauschbetrag deckt diese Kosten bereits pauschal ab.

Die Lohnabrechnung berücksichtigt ihn automatisch.

Was hatte der DGB daran kritisiert?

Das bisherige System war nachteilig für Gewerkschaftsmitglieder: Während ein durchschnittlicher Gewerkschaftsbeitrag den Pauschbetrag bereits zur Hälfte aufzehrt – ohne jedoch einen steuerlichen Vorteil zu bringen, hatten Nicht-Mitglieder keinen vergleichbaren finanziellen Aufwand, erhielten aber die gleiche steuerliche Erleichterung. Die DGB-Gewerkschaften kritisierten, dass das System Gewerkschaftsmitglieder gegenüber Unorganisierten benachteiligt.

Was ändert sich und wen betrifft das?

Der Gesetzgeber hat diese Kritik aufgegriffen. Auf Betreiben des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften gilt ab 2026:

Der Arbeitnehmerpauschbetrag deckt alle Werbungskosten außer dem Gewerkschaftsbeitrag bis 1.230 Euro ab. Den Beitrag können Mitglieder zusätzlich geltend machen. Wer ohnehin eine Steuererklärung abgibt, muss nichts weiter tun.

Was muss man dafür tun?

Die Mitglieder müssen eine Steuererklärung abgeben – das ist aber nicht kom-

pliziert. Man benötigt nur die Lohnsteuerbescheinigung vom Arbeitgeber und die Beitragsbescheinigung der Gewerkschaft.

Je nach Steuersatz erhalten die meisten Kolleginnen und Kollegen 25 bis 35 Prozent des Gewerkschaftsbeitrages zurück.

Wann kann man die Rückerstattung erhalten?

Die Neuregelung trat zum 1. Januar 2026 in Kraft. Wer jedoch mindestens 50 Euro Gewerkschaftsbeitrag pro Monat zahlt, kann bereits vorher profitieren: Bei steuerlich absetzbaren Kosten von mindestens 600 Euro jährlich können Mitglieder bis zum 30. November einen Antrag auf Lohnsteuerermäßigung beim Finanzamt stellen.

Das Finanzamt übermittelt dem Arbeitgeber den Freibetrag; anstelle einer Rückerstattung im folgenden Jahr, steigt dann der monatliche Nettolohn bzw. das Gehalt entsprechend.

Das Finanzamt teilt dem Arbeitgeber den Grund nicht mit.

Redaktion

BEZIRKSDELEGIERTENTAG DER GdP SÜDHESSEN 2025

INFORMATIONEN, BERATUNG UND NEUWAHLEN

Alle vier Jahre kommt das höchste Gremium der GdP in Deutschland zusammen, um die politische und gewerkschaftliche Ausrichtung der größten Polizeigewerkschaft der Welt sowie den Bundesvorstand zu bestimmen. Entsprechend verläuft dieser Prozess auch auf Landes- und Bezirksebene. Seinen Anfang nimmt er jedoch in den Kreisgruppen: Hier hat jedes GdP-Mitglied die Möglichkeit, sich einzubringen und Anträge auf den Weg zu bringen, die die GdP künftig umsetzen soll.

Von der Kreisgruppe geht es über die Bezirksgruppe weiter auf Landes- und schließlich auf Bundesebene. Wir befinden uns aktuell mitten in diesem turnusmäßigen Vierjahresprozess. Die Kreisgruppen haben – wie im letzten PolReport berichtet – ihre Vorstände neu gewählt und zahlreiche Anträge eingebracht.

Am 20. November 2025 fand schließlich der Bezirksdelegiertentag der GdP Südhessen im schönen Odenwald statt. Im Burghof Brombachtal kamen satzungsgemäß der Bezirksgruppenvorstand sowie die Delegierten aus den Kreisgruppen zusammen. Neben der Beratung und Weiterleitung von Anträgen an den hessischen Landesdelegiertentag wurde auch der Vorstand der Bezirksgruppe Südhessen neu gewählt.

Als Gast durften wir den Landesvorsitzenden der GdP Hessen, Jens Mohrherr, begrüßen. Er gab den Delegierten einen umfassenden Einblick in die aktuellen Themen der hessischen Gewerkschafts-



Der (fast komplette) Bezirksgruppenvorstand Südhessen

arbeit und die damit verbundenen politischen Herausforderungen. Schwerpunkte waren unter anderem P25, S25, V&Z, F25, der Landeshaushalt, die anstehende Tarifrunde, Besoldungsverschiebungen sowie die weiterhin verfassungswidrige Besoldung.

Um die GdP in Südhessen zukunftssicher aufzustellen, wählten die Delegierten ein starkes Vorstandsteam, das alle Bereiche der südhessischen GdP – sowohl bei Polizei als auch bei Ordnungsbehörden – abbildet und fachlich breit aufgestellt ist.

Als Vorsitzender wurde Christian A. Richter im Amt bestätigt. Zu seinen Stellvertreterinnen und Stellvertretern wurden gewählt: Dörte Steiger (KG Darmstadt-Dieburg), Martin Kurz (KG Groß-Gerau), Jörg Weitmayer (KG Bergstraße), Jörg Hartweck (KG

DVS), Natascha Kiefer (KG Odenwald) sowie die GdP-Personalräte Claudia Büttner und Tobias Perkovic.

Die Schriftführung übernehmen Simone Dörsam und Katharina Hock, die Kassenführung liegt bei Heike Reichert und Sigrid Schlicksupp. Als Kassenprüfer wurden Volker Fischer und Renzo Cappello gewählt.

Die Junge Gruppe wird vertreten durch die Jugend- und Auszubildendenvertreterin des PPSH Alina Schnetz sowie Negin Moussavian und Katalin Hajnadi. Die Frauengruppe vertreten Heike Frei, Susanne Schulz und Maïke Krämer. Die Senioren werden durch Charly Braun, Ursula Hess und Dieter Radestock repräsentiert. Als Beauftragte für den Kontrollausschuss



Jens Mohrherr



Christian A. Richter

wurden Michael Schweikert und Dietmar Rodenheber benannt.

Darüber hinaus wählten die Delegierten folgende Beisitzerinnen und Beisitzer: Anne Fuchs (Tarif), Lisa Müller (Kripo), Monica Duric (WaPo), Peter Wohlfahrt (WaPo), Ulrich Löhr (AHE) und Kersten Hirschmüller (Stadtpolizei).

Der neu gewählte Vorstand hat seine Arbeit unmittelbar aufgenommen und traf sich bereits zu Jahresbeginn 2026, um aktuelle Themen, deren Weiterentwicklung – insbesondere im Hinblick auf die Landesprojekte – sowie die anstehende

TV-H-Tarifrunde zu beraten und entsprechende Aktionen zu planen. Ziel ist es, sich weiterhin konsequent für Verbesserungen einzusetzen und die Stimme zu erheben, wenn es – wie so oft – nicht rund läuft.

Alle gewählten Vorstandsmitglieder stehen Euch jederzeit als Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner zur Verfügung. Macht davon Gebrauch, bringt Euch ein und teilt uns mit, welche Themen aus Eurer Sicht künftig noch stärker in den Fokus rücken sollten. Gewerkschaftsarbeit lebt vom Austausch – wir freuen uns über jede und jeden, die oder der dies mit Leben füllt!

C.R.



Blick in den Saal

MINISTERGESPRÄCH

Die GdP Hessen hat mit Hessens Innenminister Poseck kurz vor Weihnachten zur Aufstellung des Landeshaushalts 2026 und zur Verwendung des Sondervermögens gesprochen und dabei die kritischen Punkte aus Sicht der GdP klar adressiert.

Zum Thema Besoldung teilte der Minister mit, dass für die Tarifierhöhung und die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten ein Ansatz im Haushalt vorgesehen ist.

Für eine Beseitigung der verfassungswidrigen Besoldung gebe es hingegen aktuell keine konkrete Haushaltsplanung; eine Rücklage von rund 500 Mio. € könne dabei perspektivisch eine Rolle spielen. Im Innenministerium liefen derzeit sehr aufwendige Berechnungen zur möglichen Unteralimentation je Besoldungsgruppe

und Erfahrungsstufe. Prof. Poseck erklärte zugleich, dass er nicht weiter auf ein Urteil für Hessen warten wolle, sondern 2026 Gespräche zur Lösung durchführen möchte. Wir haben mit Nachdruck gefordert, endlich die Problematik zu lösen und uns verhandlungsbereit gezeigt, waren aber enttäuscht, dass bisher keiner ausreichenden Rücklagen gebildet wurden.

Zum Thema Beförderung konnte der Innenminister jedoch Entwarnung geben: entgegen allen bisher im Umlauf befindlichen Gerüchten, wird an der Beförderungspraxis 2026 nichts geändert. Alle Beförderungen können wie geplant durchgeführt werden, jedoch werden Hebungsprogramme ausgesetzt.

Darüber hinaus berichtete der Innenminister, dass vom Sondervermögen (insge-

samt ca. 670 Mio. €) ein großer Anteil bei der Polizei verbleiben soll.

Genannt wurden konkrete Investitionen, unter anderem neue Hubschrauber, Investitionen in die Telekommunikationsüberwachung, Drohnenabwehr sowie weitere Ausstattung (z. B. Taser). Zusätzlich wurden bauliche Maßnahmen angekündigt, darunter die Sanierung Pst. Hanau 1, Neubauten beim PP Mittelhessen, des Einsatztrainingszentrums Frankfurt sowie Neubauten HPT und HPE in Mainz-Kastel am Petersweg.

Zum Abschluss haben wir dem Innenminister für das gemeinsame Wirken in der Öffentlichkeitsarbeit gedankt – insbesondere für die klare Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen in herausfordernden Lagen, wie zuletzt bei großen Einsatzlagen und Demonstrationen, bei denen er sich sichtbar vor die Polizei gestellt hat.

Hier geht's zum Videobeitrag des Gesprächs



„FRANKFURT LEG `NE SCHIPPE DRAUF!“

Am 26.01.2026 fand die Gesamtpersonalversammlung der Stadt Frankfurt am Main in der Ballsport-halle statt. Trotz Schneefall bis in die frühen Morgenstunden war die Versammlung mit über 5.000 teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen sehr gut besucht und die Ballsport-halle so gut wie voll.

Im Mittelpunkt stand die geplante Einführung einer Frankfurt-Zulage für alle städtischen Beschäftigten unter dem Motto „Frankfurt leg `ne Schippe drauf!“ des Gesamtperso-

nalrates der Stadt Frankfurt am Main. In diesem Zusammenhang wurde in der Versammlung ein Etatantrag zum Haushalt 2026 vorgestellt und von der Mehrheit der Anwesenden angenommen. Im Redebeitrag hat der Oberbürgermeister Mike Josef für eine Frankfurt Zulage Redebe-reitschaft signalisiert.

Begleitend zur Versammlung war die Gewerkschaft der Polizei mit einem Informationsstand vertreten und stand den Beschäftigten für Fragen und Gespräche zur Verfügung. D.F.



Daniel Foltes mit den GdP-Vertretern Lothar Silberling und Uwe Nachtwey

EINSATZBETREUUNG

Egal ob Karlsruhe oder wer auch immer – die GdP Südhessen ist bei den Lilien zu Hause mit am Start!

6. Dezember 2025 – Heimspiel des SV98 gegen den KSC mit hohem Kräfteaufwand – wir sind vor Ort und versorgen die Kolleginnen und Kollegen, versüßen den Einsatz, bringen Tee und Kaffee, Chips und natürlich Schoki. Doch wie immer geht es um mehr als das. Es geht darum ins Gespräch zu kommen – im Gespräch zu bleiben. Das geht super, wenn die Polizeifamilie zusammen in den Einsatz fährt. Wir fahren mit. Das werden wir auch weiterhin machen – ganz getreu dem Motto:

#GdP-immerimEinsatz

C.R.



DER PREUNGESHEIMER DORFLAUF

Am Sonntag, den 21.09.2025, wurde der 16. Preungesheimer Dorflauf ausgerichtet. Veranstalter war der Turnverein Preungesheim von 1880 e. V. Dieses Mal hatten sich 609 Läufer und Läuferinnen im Sportpark Preungesheim, Goldpeppingstraße 8, eingefunden. Das war ein neuer Rekord. Von Jahr zu Jahr nehmen mehr Läufer und Läuferinnen an diesen Dorflauf teil. Diese Veranstaltung im Norden von Frankfurt

wird immer beliebter. Der Sportpark Preungesheim liegt nördlich von Frankfurt am Main und ist über die A 661- Abfahrt Bad Vilbel, und die B 521- Abfahrt Preungesheim oder mit der Straßenbahn, Linie 18, Haltestelle Alkmenestraße, gut zu erreichen. Das GdP Team Frankfurt, samt Betreuung war auch dieses Mal beim Dorflauf dabei. Christian vom PP Offenbach hatte auch dieses Mal als Läufer das GdP Team unterstützt.

Bei diesem Dorflauf gab es mehrere Läufe. Um 10.00 Uhr starteten die Bambinis unter 6 Jahren, die 400 m liefen. Danach folgte der Schülerlauf (1 Mile), später der Lauf der Jugendlichen (3 km). Um 11 Uhr startete das Hauptfeld. Es waren 5 km zu absolvieren. Einige Läufer und Läuferinnen liefen die 10 km. Die Laufstrecke von 5 km war überwiegend asphaltiert mit Steigungen. Es ging über den Preungesheimer Bo-

gen bzw. Goldpeppingstraße, Gundelandstraße, bis an die Kreuzung am Dorfgarten/Oberwiesenstraße und zurück durchs Feld bis zum Sportpark Preungesheim. Das GdP Team Frankfurt wollte die 5 km in Angriff nehmen. Bei der Anmeldung wurde erklärt, dass man gesund ist und einen ausreichenden Trainingszustand hat. Am Vormittag sah es noch nicht so rosig aus. Es gab einen Wolkenbruch. Frank, der dieses Mal mit seiner Tochter, die 5 km in Angriff nehmen wollte, schrieb dem Unterzeichner noch, dass heute ein Top Laufwetter sei. Naja, es könnte nass und rutschig werden. Aber der Wettergott meinte es gut mit uns. Zu Beginn der Läufe regnete es nicht mehr, also alles im grünen Bereich. Um 11:00 Uhr erfolgte der Startschuss. An diesem Sonntag war es etwas frisch, aber wir kamen schnell ins Schwitzen. An den Steigungen wurde alles abverlangt. Jetzt wurde durchgelaufen, den inneren Schweinehund überwinden. Frank hatte seine Tochter, gerade auch an den Steigerungen stark motiviert, dass sie nicht stehen bleibt, sondern weiter läuft. Und um es vorweg zu nehmen,

es hatte sich gelohnt. An der Strecke wurden die Läufer und Läuferinnen angefeuert und beklatscht. Das war top. Während des Laufes wurden die Läufer des GdP Teams Frankfurt von anderen Läufern angesprochen und sie fanden es toll, dass wir mitliefen. Es war eine super Werbung für die GdP. Das GdP Team Frankfurt war wieder erfolgreich bei diesem Dorflauf, Laufstrecke 5 km. In der Altersklasse weibliche Jugend U 18 hatte die Tochter von Frank den dritten Platz erreicht. Sie war das erste Mal bei dem Lauf dabei und dann so erfolgreich. Chapeau. Das GdP Team, samt Betreuung feuerten sie an, als sie auf dem Podest stand und einen Pokal und eine Urkunde vom Veranstalter erhielt. Frank lief auch eine gute Zeit. Der Unterzeichner erreichte dieses Mal den vierten Platz in seiner Altersklasse, Senioren M 60. Er lief zwar schneller wie letztes Jahr, aber knapp an Bronze vorbei. Aber nächstes Jahr wird es besser. Christian und der Unterzeichner gehörten zu den ältesten Läufern bei diesem Preungesheimer Dorflauf. Aber es gab auch ein Läufer, der die 80 Jahre überschritten hatte. Wahnsinn! Viel-



leicht schaffen wir das auch noch. Abschließend ist zu sagen, dass dieser Dorflauf eine super Veranstaltung im Norden von Frankfurt ist. Viele Bürger und Bürgerinnen aus Frankfurt und Umgebung hatten sich im Sportpark eingefunden und für gute Stimmung gesorgt. Für das leibliche Wohl wurde bestens gesorgt, unter anderem mit viel Kaffee/Kuchentheke, Würstchen und alkoholfreien Getränken. Das GdP Team Frankfurt wird nächstes Jahr wieder am Start sein. Vielleicht kommt der ein oder andere Leser auf die Idee mal wieder die Lafschuhe anzuziehen.

Uwe Nachtwey

PLEITEN, PECH UND MATSCH

Mit dieser Überschrift lässt sich die Parkplatzsituation im Hof des PP Südhessen in Darmstadt rund um den Jahreswechsel wohl treffend beschreiben. Doch wie kann es dazu kommen, dass solche Bilder entstehen – an einer Stelle, an der sonst Gras wächst, die Hundestaffel trainiert oder gegebenenfalls der IBIS landet?

Wie so oft gilt auch hier: Gut gedacht ist nicht automatisch gut gemacht. In der Liegenschaft Klappacher Straße 145 musste das Parkhaus vor dem Haupteingang, das zu großen Teilen von den Beschäftigten genutzt wurde, saniert werden. Als Ausweichfläche wurde – wie bereits bei vorhergehenden Baumaßnahmen – das Mehrzweckfeld ausgewählt. Für die Beschäftigten zunächst eine gute Lösung, da der Parkraumdruck rund um die Liegenschaft bereits vor der Baumaßnah-

me und der damit einhergehenden Sperrung des Parkhauses hoch war.

Leider ließ man sich beim Landesamt für Bauen und Immobilien Hessen (LBIH), das für die Gesamtmaßnahme verantwortlich ist, trotz stetiger Hinweise und Beratung durch die Nutzerinnen und Nutzer (Abt. Z, Polizei) nicht von der Idee abbringen, die Fahrspuren auf der Rasenfläche mit Hackschnitzeln aufzubauen. Solange trockene Witterung herrschte und das Wasser gut versickern konnte, funktionierte dieses Konzept leidlich. Doch dann traten mindestens zwei unvorhersehbare Ereignisse ein – von denen eines zumindest wahrscheinlich war.

Zum einen musste die ausführende Baufirma Insolvenz anmelden (tatsächlich unvorhersehbar), wodurch sich die Arbeiten erheblich verzögerten. Zum anderen wurde es – völlig



Offroadbedingungen überraschend – Winter. Bereits im Dezember kam so mancher nach dem Dienst mit seinem Fahrzeug nicht mehr aus eigener Kraft vom Platz. Die Steigerung folgte jedoch zum Jahresbeginn: Ohne Gummi-

stiefel oder zumindest wasserfeste Wechselschuhe war es kaum noch möglich, in akzeptablem Zustand vom oder zum Fahrzeug zu gelangen. Ich selbst habe seitdem stets Schneeketten im Auto – für den Fall, dass die Gummimatte als Anti-Rutsch-Hilfe einmal mehr nicht ausreichen sollte, um den Platz zu verlassen.

Zum Redaktionsschluss konnten die Bauarbeiten nach der Insolvenz der ausführenden Firma zumindest wieder aufgenommen werden. Auf Unterstützung bei der Beseitigung der Schlammsituation warten wir jedoch trotz stetiger Bemühungen der Kolleginnen und Kollegen der Abteilung Z weiterhin vergeblich. An dieser Stelle ein ausdrückliches Dankeschön für Eure Beharrlichkeit und Geduld!



Nur bei Trockenheit bege- und befahrbar

Summa summarum: ein Trauerspiel. Immerhin bleibt die Hoffnung, dass es irgendwann wieder Sommer wird.

C.R.

GEWERKSCHAFT – WAS SONST!



Immer wieder werde ich gefragt, was denn Gewerkschaft ausmache und ob man sie in der heutigen Zeit überhaupt noch brauche, gerade als Beamter sei doch alles im grünen Bereich. Und immer wieder lautet meine Antwort klar: JA! Das ist jetzt auch nicht besonders überraschend, sonst wäre ich wohl nicht in der Funktion, in der ich bin: Vorsitzender der Bezirksgruppe Frankfurt in der GdP Hessen. Aber so einfach mache ich das mir und euch/ihnen nicht.

Denn diese Aufgabe ist kein Selbstzweck, sondern wird bestimmt von dem Gedanken und meiner Überzeugung, dass

- lange nicht alles im grünen Bereich ist,

- wir nur über eine starke Solidargemeinschaft Verbesserungen erreichen können,
- ich/wir Verantwortung übernehme/n will/wollen in Gesellschaft, Gewerkschaft und Personalrat
- ich die Veränderungen in der Polizei im Sinne der Beschäftigten begleiten möchte, gerade in der jetzigen Zeit, wo vieles im Umbruch ist

Die Gewerkschaft der Polizei ist eine STARKE Gemeinschaft: WIR sind DIE Solidargemeinschaft! Viele füreinander, für die/den Einzelne/n, diese/n stark gegen die vermeintlich Größeren machen, für die Kolleginnen und Kollegen auch in schwierigen Situationen da sein. Das ist der Inhalt und Ziel unserer Gewerkschaftsarbeit. Die Verbesserung von Arbeitsbedingungen, Ausrüstung, soziale und gerechte Arbeitsverhältnisse, angemessene Besoldung und noch viel mehr sind unsere Dauerbrenner. Damit sind in unserer Gesellschaft nicht alle einverstanden und haben dieses Engagement als Grund für den Angriff gegen die GdP und auch damals auf unsere Geschäftsstelle in Frankfurt am Main

genannt. Davon lassen WIR, die GdP, uns aber nicht beeindrucken. Es stärkt uns eher, in unsere ur-eigene Aufgabe noch mehr Engagement zu investieren und jederzeit dafür einzustehen. Denn wir stehen für euch ein, mit Haltung, sachlichen Gründen und der großen Gemeinschaft im Hintergrund.

Und das tun wir, gerade in den letzten Jahren:

- WIR verhandeln die Tarifabschlüsse mit, der Polizeibereich ist mit uns direkt am Verhandlungstisch, und nur mit uns! Wenn ihr diesen Artikel lest, sind wir gerade mitten dabei und brauche euch um Druck auf den Arbeitgeber auszuüben!
- WIR sind der gefragte Gesprächspartner für Politik und Medien in den Fragen der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, sowie der inneren Sicherheit
- WIR machen Druck, wenn es denn notwendig wird: Mit der Kampagne „Ebe langt's“ gegen das Besoldungsdiktat

- WIR denken in die Zukunft. Als damaliges Mitglied im Bundesjugendvorstand habe ich an der Kampagne AUCH MENSCH! mitgearbeitet. Diese setzte sich immer weiter fort. Unser Ziel war es, die immer größer werdende Gewalt gegen Einsatzkräfte deutlich zu machen, und dass die Gesellschaft ein Zeichen dagegen setzen muss. Dies war 2011! Mit den formulierten Paragraphen 113 und 114 im StGB trugen die Kampagnen der GdP Früchte. WIR, die GdP, machten dies so früh deutlich und setzten uns in einer großen bundesweiten Kampagne mit auch hohen finanziellen Mitteln dafür ein. Leider ist die Gewalt gegenüber Einsatzkräften immer noch deutlich zu hoch, doch haben wir wenigstens die Strafbarkeiten durchgesetzt, und mit den noch laufenden Kampagnen weisen wir weiterhin auf dieses gesellschaftliche Delta hin. In Hessen gibt es zudem die Angriffsentschädigung, um wenigstens finanziell das erlittene Leid und die Schmerzen zu lindern!
- WIR bieten den umfassenden und besten Rechtsschutz, ohne Versicherungen und deren Geschäftsbedingungen. WIR, die Gewerkschafter, entscheiden, ob wir Rechtsschutz gewähren. Das bedeutet: dass Kolleginnen und Kollegen für die Kollegen entscheiden. Und die GdP Hessen hat auf der Geschäftsstelle einen eigenen Rechtsanwalt, welcher Fragen rund um Rechtsschutz direkt beantwortet und eine erste Einschätzung seinerseits geben kann. Dies ist ein unglaublicher Vorteil.
- WIR bieten Fortbildungen für den dienstlichen Bereich und darüber hinaus KOSTENFREI für Mitglieder an: Stresseminare, erste Hilfe im Einsatz, Vorbereitung auf den Ruhestand usw., wir haben einen ganzen Fortbildungskatalog, den ihr auf unserer Internetseite einsehen könnt. Und ALLES in eurer Mitgliedschaft enthalten!

Und WIR gewähren umfassende

Absicherung gegen dienstliche Risiken, z. B. bei Regressforderungen des Dienstherrn nach vermeintlichen oder auch tatsächlichen Pflichtverstößen. Dies wird ein immer größeres Thema. Überwiegend steht grobe Fahrlässigkeit im Raum, was in der Versicherungswirtschaft in den meisten Fällen zum Ausschluss der Leistung führt. Umso besser, dass dieses Risiko durch die Mitgliedschaft in der GdP versichert ist. Denn häufig sind die Forderungen in diesen Fällen sehr hoch. Und die GdP war es, welche endlich eine Deckelung bei Unfällen für die Kolleginnen und Kollegen erreichte! WIR sind selbstverständlich auch ein moderner Dienstleister. Unsere Mitglieder haben eine Vielzahl von Vorteilen, die das Leben ein Stück weit leichter und attraktiver machen können: Günstige Konditionen bei Mobiltelefonen und –tarifen, Fahrzeugen, Reisen, Kleidung, Freizeitparks, Apotheken, Fahrrädern, Polizeiausrüstung, Fitnessstudios, Steuerhilfen, Girokonten und und und. Sogar günstig und gut Urlaub machen geht im GdP-eigenen Ferienhaus, wo Mitglieder mit Freunden oder der ganzen Familie herzlich willkommen sind.

WIR machen die besten Angebote!! Schaut bei unseren Seiten unten vorbei und genießt die Vorteile als GdP Mitglied.

Corporate Benefits

Im Corporate Benefits sind wieder große Rabatte ausgeschrieben. Zugang zu Corporate Benefits für euch gibt es hier

[**https://www.gdp.de/hessen/de/fuer-dich/uebersicht-mitgliedervorteile/](https://www.gdp.de/hessen/de/fuer-dich/uebersicht-mitgliedervorteile/)

corporate-benefits** und den Code bei uns!

GdP-Plus

In unserem Plus-Programm können wir das Mazda Autohaus Tewes begrüßen, bei dem es bis zu 30 % Rabatt für Leasing-Angebote gibt. Oder wie wäre ein Sky-Abo für 12,75 € im Monat?

[**https://www.gdp.de/bund/de/fuer-dich/unsere-leistungen/gdp-plus-partner-programm**](https://www.gdp.de/bund/de/fuer-dich/unsere-leistungen/gdp-plus-partner-programm)

GdP Hessen Mitgliedervorteile

Bei den Vorteilen von uns in Hessen ist Selected Lights mit taktischen Taschenlampen neu im Angebot mit 15 % Rabatt. Daneben gibt es eine Vielzahl anderer Anbieter. Vorbeischauen lohnt sich.

[**https://www.gdp.de/hessen/de/fuer-dich/uebersicht-mitgliedervorteile/selected-lights**](https://www.gdp.de/hessen/de/fuer-dich/uebersicht-mitgliedervorteile/selected-lights)

Das alles sind WIR, Das ist die GdP. #immerda UND jetzt fehlst du! Denn wir brauchen DICH. Eine Solidargemeinschaft lebt von den Mitgliedern, und wir können nur so stark sein dank unserer Mitglieder! Deshalb jetzt eintreten und bei der starken Gemeinschaft der GdP dabei sein und profitieren.

WIR FREUEN UNS AUF DICH!
Eure GdP Frankfurt am Main



DAS SCHICHTDIENSTPROBLEM

41 WOCHENSTUNDEN SIND KAUM ZU RECHTFERTIGEN

Eine zu hohe wöchentliche Arbeitszeit führt bei Schichtarbeit zu gravierenden gesundheitlichen und auch sozialen Folgen – dies belegen zahlreiche Studien (z.B. Wirtz 2010). Um die Polizei auch in Zukunft „rund um die Uhr“ einsatz- und leistungsfähig zu halten, kommt es daher seitens des Dienstherrn auf einen verantwortungsvollen Umgang mit seinen Bediensteten an, die regelmäßig Schichtarbeit leisten.

Arbeitswissenschaftlich führt kein Weg daran vorbei, dass die wöchentliche Arbeitszeit im Schichtdienst belastungsorientiert reduziert werden muss. Alleine der Schichtdienst an sich als Belastungsfaktor betrachtet, müsste bei einer 40-Stunden-Woche um 16,5 Stunden reduziert werden, um ein vergleichbares Gesundheitsniveau wie bei Tagdienstleistenden zu erreichen. Eine Reduzierung mahnen u.a. Brenscheidt (2020), Arlinghaus und Bürger (2024) eindrücklich. Das erscheint unerreichbar hoch, sollte aber als Alarmsignal verstanden werden, im Schichtdienst zumindest einmal auf 35 Wochenstunden zu kommen. Dies könnte neben den DUZ-Zahlungen über „Zeitzuschläge“ erfolgen (Arlinghaus & Bürger 2024).

Hinzu kommen noch auszumerkende Belastungsphänomene, wie dass der Schichtdienst, bspw. in Frankfurt am Main, mittlerweile als eine Art ‚nebenamtliche Bereitschaftspolizei‘ im Sinne von BSOD angesehen wird. Dies ist eine fatale Entwicklung und zeigt anschaulich von Überbelastung durch zu wenig Personal auch bei der Bereitschaftspolizei.

Umdenken zwingend erforderlich

Nicht nur im Hinblick auf eine neue Generation junger bzw. potentieller Polizeibediensteter, mit anderen Ansprüchen und Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt, erscheint ein Umdenken als zwingend erforderlich, sondern auch in Bezug auf die Gesunderhaltung der Älteren und Erfahrenen. Es zeichnet sich nämlich die konkrete Gefahr ab, dass bald möglicherweise nicht mehr ausreichend Personal für Schichtarbeit zur Verfügung stehen könnte: „die Älteren nicht, weil alle krank geworden sind oder das psychisch oder physisch nicht



mehr leisten können" (Arlinghaus & Bürger 2024) und junge Menschen nicht, weil sie sich entweder gar nicht erst für den Polizeiberuf entscheiden oder aber auf Grund der Arbeitsbedingungen im Schichtdienst vermehrt den Dienst quittieren und kündigen. Bei einem Schutzbedürfnis der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu jeder Tages- und Nachtzeit, wäre das fatal. Dies ist ein für die Polizei völlig neues, aber nicht zu ignorierendes Problem. Während der Polizeiberuf für frühere Generationen eine Lebensentscheidung war, gibt es die aktuelle Konkurrenzsituation auf dem Arbeitsmarkt her, dass sich junge Menschen ihren Arbeitgeber – und damit ihre Arbeitsbedingungen – aussuchen können.

Gesundheitliche und soziale Folgen

In einem Interview mit Frank Brenscheidt, einem Arbeitsexperten der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA), beleuchtete die ZEIT im Januar 2020 die langfristigen gesundheitlichen und sozialen Folgen von Schichtarbeit. Brenscheidt von der BAuA leitet dazu ein Langzeit-Forschungsprojekt.

Es lässt sich sicher sagen, dass es nicht gut für den Körper ist, wenn jemand ständig gegen seine innere Uhr arbeiten muss. Brenscheidt warnt davor, dass die gesundheitlichen Risiken mit den Jahren stark zunehmen können: So leiden viele Schichtarbeitende nach 15 bis 20 Jahren

im Dienst zunehmend an chronischen Erkrankungen wie Schlafstörungen, Magen-Darm-Problemen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder Kopfschmerzen. Besonders ausgeprägt ist das Risiko für Typ-2-Diabetes bei Menschen, die dauerhaft in der Nachtschicht arbeiten.

Ein weiterer Kritikpunkt sei das Verhalten vieler Schichtbeschäftigter: Um wach zu bleiben oder Stress abzubauen, greifen sie häufig zu Zigaretten. Auch die Ernährung, während der Schichten ist laut Brenscheidt problematisch – es dominiere oft ungesundes Essen, das zu fett, zu salzig oder zu salzreich sei. Diese Lebensstilfaktoren lassen sich nicht klar von den direkten Effekten der Schichtarbeit trennen, erschweren jedoch die Gesundheitslage zusätzlich.

Ältere besonders betroffen

Ältere Schichtarbeitende haben laut Brenscheidt größere Schwierigkeiten als Jüngere: Mit dem Alter lässt die physische Leistungsfähigkeit nach, der Körper erholt sich schlechter und die Belastung durch den Schichtwechsel wirkt sich zunehmend aus. Vor allem wer in jungen Jahren mit dem Schichtdienst begonnen hat, brennt schneller aus. Diese Entwicklung führe dann oft zu Schichtdienstuntauglichkeit, wenn die gesundheitlichen Einschränkungen zu stark werden.

Auch das soziale Leben vieler Schichtarbeitender leidet stark unter den untypischen Arbeitszeiten.

Brenscheidt berichtet, dass viele froh sind, wenn sie ihre Partnerin oder ihren Partner überhaupt „einmal zu Gesicht“ bekommen – gemeinsame Abend- oder Wochenendfreizeit, wie sie für viele Menschen normal ist, bleibt wegen der Schichten oft aus. Dies könne zu Vereinsamung und sozialen Spannungen führen – im schlimmsten Fall sogar Isolation oder Depression.

In diesem Zusammenhang zeigt sich, dass nicht nur die Beschäftigten selbst belastet sind, sondern auch ihre Familien. Insbesondere bei Eltern mit unregelmäßigen Schichten ist es schwierig, verlässliche Zeit für gemeinsame Aktivitäten zu finden – etwa gemeinsame Mahlzeiten oder Fahrten zu Freizeitaktivitäten der Kinder. Alleinerziehende seien besonders stark betroffen, da sie oft auf Nachtschichten angewiesen sind, damit tagsüber für die Kinder gesorgt werden kann.

Brenscheidt zieht daraus den Schluss: Im Schichtdienst sei ein Umfang von 40 Wochenstunden kaum zu rechtfertigen – zu hoch sei die kumulative Belastung für Körper, Psyche und soziales Umfeld. So sehen es auch Arlinghaus & Bürger (2024).

Kostenfrage: zu kurz gedacht

Bei der Betrachtung der Kostenfrage für mehr Personal wird allzu oft der Fehler gemacht, lediglich die unmittelbar anfallenden Ausgaben zu kalkulieren. Kosten, die aufgrund von nur noch eingeschränkt dienstfähigen Beamtinnen und Beamten, unbesetzten Stellen wegen Kündigungen, Frühpensionierungen oder Krankheitstagen etc. entstehen, werden nicht mit einbezogen. Weitere Folgekosten, die für die Gesellschaft aus einer womöglich nur noch eingeschränkt durchsetzbaren öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie damit verbundenen Schadenseintritten fällig werden, sind wohl nicht bezifferbar. Es handelt sich bei der Polizei also nicht nur „um die klassische Abwägung: Wirtschaftlichkeit gegen Menschlichkeit“ (Brenscheidt/Zeit.de 2020), sondern die Folgen sind – über die intern bestehenden Arbeitsbedingungen im Polizeidienst hinaus – sicherheitsrelevant und damit gesamtgesellschaftlich bedeutsam.

Fazit

Die Polizei Hessen, die auf ihrer Internetpräsenz Bewerber u.a. mit „Work-Life-Balance“ und dem Zertifikat

„familienfreundlicher Arbeitgeber“ lockt, muss mehr in den Personalsektor investieren. Beide Versprechen stehen nämlich aktuell im Widerspruch zur Realität im Schichtdienst, da ein Großteil familienfreundlicher Maßnahmen von dieser Gruppe nicht in Anspruch genommen werden kann. Wenn die angebotenen Maßnahmen allerdings nicht im Schichtdienst nutzbar sind, bleiben sie leere Versprechen – und das auch noch für diejenigen, die sie am dringendsten bräuchten.

Es stellt sich die Frage, wie teuer wir bezahlen müssten, wenn erst viel zu spät erkannt würde, dass die innere Sicherheit nur noch am seidenen Faden hängt, weil nicht mehr ausreichend sie Verteidigende, für den Dienst „rund um die Uhr“, zur Verfügung stehen.

Die politisch Verantwortlichen von heute stehen also schon jetzt in der Verantwortung, die nötigen Schritte einzuleiten und das Personal aufzustocken, um die öffentliche Sicherheit in Ordnung von morgen zu gewährleisten – sonst wird es sie möglicherweise nicht mehr uneingeschränkt geben.

Nils Döring

Quellen: liegen der Redaktion vor.

ROTATION – ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT

Erfahrungen aus der Praxis zu Führung, Resilienz und Erfahrungswissen

Am 10.12.2024 übergaben Beauftragte der GdP Frankfurt am Main dem Innenminister zahlreiche Unterschriften gegen den Rotationserlass. Viele Kolleginnen und Kollegen befürchten, dass durch starre Rotationsvorgaben wertvolles Erfahrungswissen verloren geht. Nun, über ein Jahr später, ist die Diskussion noch immer nicht abgeschlossen – im Gegenteil: Die ersten Praxiserfahrungen bestätigen zentrale Befürchtungen. Noch immer fehlen Anpassungen, welche die Belange von Führung, Teamstabilität und Resilienz berücksichtigen. Aus diesem Anlass greift der folgende Beitrag das Thema erneut auf. Er beleuchtet, wie Rotation, Führungsverantwortung und organisationale Widerstandsfähigkeit (Resilienz) zusammenhängen – und warum aus gewerkschaftlicher Sicht Nachsteuerung dringend geboten ist.

Der Rotationserlass wurde am 31.07.2023 in Hessen zur Rotation von



Resilienz braucht Halt - nicht Geschwindigkeit.

(Symbolische Illustration zum Rotationserlass in Hessen, erstellt mit Unterstützung von KI, 2025)

Polizeivollzugsbeamtinnen und -Beamten verabschiedet und ist seit dem 01.02.2024 in Kraft. Der Zweck soll laut Erlass und öffentlicher Darstellung sein, die Vorteile des Rotationsprinzips zu nutzen und die persönliche Entwicklung zu fördern. Rotation sei dabei nicht als Selbstzweck gedacht und Ausnahmen möglich, z.B. für

hoch spezialisierte Einheiten oder persönliche Härtefälle.

Rotation als Element der Personalentwicklung

Die Laufbahnverordnung Hessen vom 17.02.2014 nennt unter § 4 (Personalentwicklung, Personalführung) bereits

lange vor den Empfehlungen der Expertenkommission den gesteuerten Arbeitsplatz- und Aufgabenwechsel („Rotation“) ausdrücklich als Teil von Maßnahmen zur Personalentwicklung und Führung. Das heißt, dass Rotation als Möglichkeit bzw. Instrument in Hessen ohnehin bereits vorgesehen war.

Erfahrungswissen und Resilienz

Nun ein paar Worte zur Rolle von Erfahrung und ihrer Bedeutung im Polizeivollzugsdienst.

Polizeibedienstete entwickeln im Laufe der Jahre ein implizites Erfahrungswissen (z.B. „Bauchgefühl“ für Gefahrenlagen, Umgang mit schwierigen Personengruppen, Deeskalationstechniken, dem Agieren an schwierigen Örtlichkeiten oder in sensiblen Bereichen). Dieses Wissen, vor allem auch über individuelle Besonderheiten des Dienststellenbereichs, ist schlecht in Handbüchern abzubilden und wird vor allem kollegial weitergegeben. Bei der Betreuung von jüngeren Bediensteten wirken erfahrene Beamtinnen und Beamte wie „Resilienz-Verstärker“. Sie sind in der Lage, Stressoren richtig einzuordnen, jüngere Kolleginnen und Kollegen vor Überforderung zu schützen und Fehlentwicklungen früh zu erkennen. An dieser Stelle machen sich die Rotationseffekte als negativer Faktor bemerkbar. Wenn durch ein starres Rotationssystem á la „Rotationserlass Hessen“ die „alten Hasen“ mit ihrem speziellen Wissen fehlen, entstehen Lücken:

- weniger Mentoring
- höhere Belastung für das mittlere Erfahrungsniveau
- erhöhte Fehleranfälligkeit und psychische Belastung der Neuen
- mögliche Schwächung der organisationalen Resilienz (also der Fähigkeit der Organisation, mit Krisen, Extremismus und Druck umzugehen).

Kurz gesagt: Mit schwindender Diensterfahrung geht äußerst wahrscheinlich auch ein wichtiger Resilienz-Faktor verloren. Sogenannte „alte Hasen“, die in Großstadtpräsidien aufgrund struktureller Fluktuation selbst häufig nur über begrenzte Diensterfahrung verfügen, können nur eingeschränkt aus ihrem Erfahrungswissen schöpfen und überfordert werden, wenn sie wiederum ohne zwingenden Grund, „rein aus Prinzip“, umgesetzt werden und ihnen ihr Arbeitsbereich nicht bekannt ist (wie Milieu-Zusammenhänge oder Kenntnis über spezielle Modus Operandi, örtliche Gegebenheiten

und Täter-Strukturen). Da in einzelnen Präsidien inzwischen interne Erhebungen vorliegen, die auf einen eingetretenen Verlust von Erfahrungswissen nach den letzten Umsetzungsterminen hinweisen ist es unverständlich, dass von oberen Stellen offensichtlich auf das „Prinzip Hoffnung“ gesetzt wird, dass es irgendwann bestimmt schon wieder besser wird, anstatt die entsprechenden Rückschlüsse daraus zu ziehen.

Empfehlungen falsch verstanden

Rotation ist keine der Kernaussagen des Berichts, inzwischen aber von polizeilicher Seite durch und durch überbetont worden. Gemäß Expertenkommission sollte Rotation ganz gezielt eingesetzt werden, mit der Ausrichtung:

- Gezielter Durchmischung „einzelner Belasteter“: Wechsel von Schwer-/ Brennpunkt auf eine ruhigere Dienststelle oder zu anderen Funktionsbereichen (Kripo, Prävention, Verwaltung).
- Erfahrungs-Transfer: Sicherstellen, dass Wissen nicht verloren geht, z. B. durch feste Tandem-Modelle (Erfahrener + Junger gemeinsam) oder Übergabephasen.

Daraus ergibt sich Flexibilität anstatt Zwang: Eine starre Regel (alle paar Jahre Wechsel, unabhängig von Eignung und Kontext) ignoriert die Tatsache, dass in der Polizei Erfahrungswissen ein strategisches Kapital ist.

Umverteilung von DGL/Führungskräften
In der Praxis ist zudem zu beobachten, dass teilweise unabhängig von den Regelungen des Rotationserlasses inzwischen auch Führungskräfte – mitunter auch gegen den Wunsch der Führungskraft – umgesetzt werden. Dies steht im Spannungsverhältnis zur im Expertenbericht geforderten Stärkung des Führungsamtes. Da dieser Personenkreis dem Rotationserlass nicht unterliegt dürfte klar werden, dass es einen Rotationserlass zur „Personalentwicklung“ (folgerichtig auch für die übrigen Gruppen des Personalkörpers) gar nicht gebraucht hätte und die bereits vorhandenen Möglichkeiten völlig ausgereicht hätten.

Führungsamt und Rolle der DGL

Die Kommission hat die Stärkung des Führungsamtes ausdrücklich betont und dass das Problem im Status quo zu finden ist. DGL sind in vielen Revieren überlastet, oft zwischen Personalführung, Einsatzleitung, Verwaltungspflichten und „Nebenkriegsschauplätzen“ zerrieben. Empfeh-

lung im Bericht: Führungskräfte brauchen Entlastung (weniger Verwaltungsballast, mehr Kapazitäten für Personalführung). Sie sollen ihre Leute kennen, begleiten und coachen – das ist die Basis für eine „gute Polizei“ in einer pluralistischen Gesellschaft.

Wenn nun DGL/Führungskräfte selbst rotiert werden, passiert genau das Gegenteil:

- Sie verlieren den persönlichen Bezug zu ihren Dienst-/Ermittlungsgruppen.
- Mentoring und individuelle Förderung werden erschwert.
- Die „Resilienz-Funktion“ der Führung – gerade in belasteten Revieren – geht verloren.
- Es entsteht eine „flüchtige Führungskultur“, bei der Vertrauen und langfristige Teamentwicklung kaum möglich sind.

Erfahrungswissen als Führungsressource
DGL/Führungskräfte, die ihre Dienst-/Ermittlungsgruppe seit Jahren kennen, erkennen Frühwarnsignale bei Überforderung, psychischen Belastungen oder problematischen Einstellungen. Bei regelmäßigen Wechseln (nicht nur des Personals, sondern auch der Führungskräfte) fehlt diese Bindung – Risiken wie Dienstunzufriedenheit, Fehler im Einsatz oder Radikalisierungstendenzen werden später erkannt. Statt Stärkung des Führungsamtes passiert eine Schwächung durch Entwurzelung.

Fazit & Schwerpunkte

Die Expertenkommission hatte andere Schwerpunkte, die deutlich zentraler waren als ein pauschales Rotationssystem. Im Bericht wird Rotation nur als Randthema erwähnt, als ein mögliches Instrument der Personalentwicklung. Ein Rotationssystem kann sinnvoll sein, um „Betriebsblindheit“ und problematische Netzwerke zu verhindern. In der jetzt beschriebenen Praxis gemäß hessischem Rotationserlass schwächt es eher die Resilienz der Polizei. Eine intelligente Umsetzung von Rotation (über die schon länger bestehende Hessische Laufbahnverordnung) kann bereits zielgerichtet, flexibel und differenziert gestaltet werden – mit dem Erhalt von Erfahrungswissen als explizitem Ziel.

Es klafft eine Lücke zwischen dem, was die Expertenkommission in ihrem Bericht ausdrücklich fordert, und dem, was aktuell mit dem Rotationserlass umgesetzt

wird – vor allem in Bezug auf Verpflichtung, Häufigkeit und die Schwere der Rotation. Der Erlass geht weit über das hinaus, was klar im Bericht formuliert wurde. Das birgt Risiken, wie sie bereits benannt wurden: Erfahrungsverlust, weniger Mentorinnen und Mentoren vor Ort, geringere institutionelle Resilienz.

Zu den Hauptforderungen der Expertenkommission gehörte zum Beispiel:

- Stärkung und Entlastung der Führungskräfte (v. a. DGL),
- Schaffung von Zeitressourcen für gute Führung,
- Verbesserung von Aus- und Fortbildung,
- (dadurch) Resilienzförderung gegen Extremismus und Überlastung,
- mehr Transparenz und ein modernes Beschwerdemanagement.

Dass nun ausgerechnet insbesondere ein Randthema herausgepickt und für alle am deutlichsten spürbar wird, verschiebt den Fokus weg von den eigentlichen Problemlagen (Überlastung, Werteorientierung, Führungskultur) – und dürfte daher nicht

im Sinne des Kommissionsberichts sein.

Die Folge müsste vielmehr sein:

- 1. Entlastung der DGL durch**
 - Reduzierung administrativer Aufgaben,
 - Schaffung von flächendeckenden „Führungslotsen“/qualifizierter Sachbearbeiter/innen (QSB) – die auch permanent präsent sind!
- 2. Bessere Zeitressourcen für Führung und Erholungsphasen:**
 - Dienstpläne im Schichtdienst so gestalten, dass DGL die Kapazität für Personalgespräche, Team-Begleitung und Konfliktmanagement haben.
 - Wöchentliche Arbeitszeit im Schichtdienst belastungsorientiert reduzieren.
- 3. Schutz vor Überforderung:**
 - Personelle Unterdeckung abbauen,
 - klare Trennung von Verwaltungsarbeit und Führung,
 - Verwaltungsarbeit aus dem operativen Bereich ausgliedern,
 - Führungskräfte mit langjährigem Bezug zu ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Diese Punkte hätten viel stärker im Geiste der Kommission gestanden als eine starre Rotation. Zwar sind an vielen Stellen bereits QSB etabliert worden, eine ständige Präsenz ist jedoch nicht gewährleistet. Außerdem hat es nahezu im gleichen Atemzug dazu geführt, dass den Dienstgruppen noch mehr administrative Verwaltungsaufgaben übertragen wurden, wie z.B. die Asservaten-Verwaltung (die bei jeder Schichtübernahme, also mehrmals täglich, diverse Stunden in Anspruch nehmen kann) – ein Teufelskreis. „Rotation um des Rotierens Willen ist nicht zweckmäßig“ (Hüschent 2024). Je schneller sich das Personal-Karussell dreht, umso höher sind die damit einhergehenden Fliehkräfte, gegen die man auch bei der Führung des Personals zusätzlich ankommen muss.

Nicht Rotation stärkt die Polizei, sondern Führung.

Wer Führung schwächt, schwächt die Resilienz.

Nils Döring

Quellen: liegen der Redaktion vor

TERMINE FÜR 2026 DER SENIORENGRUPPE FRANKFURT

In der ersten Vorstandssitzung im Jahr 2026 haben wir, unserem Motto folgend, einige Vorhaben und Termine für unsere Seniorinnen und Senioren beschlossen.

Im Einzelnen sind das:

- **26. und 27. März** voraussichtlich letzte Runde der Tarifverhandlungen TV-H in Seeheim-Jugenheim
- **27. August** Seniorenausflug nach Heidelberg (nähere Infos im Report Juni 2026 und auf der Homepage)
- **02. Dezember** Weihnachtsfeier im Bürgerhaus Nordwestzentrum
- Weitere Planungen sind
 - Fahrradtour mit ADFC (Mai/Juni)
 - Infoveranstaltung Pflege (September/Oktober)
 - Weinprobe im Dünker (Oktober/November)

Zu den einzelnen Terminen gibt es mehr per Mail, auf der Homepage und im Polizeireport.

Jetzt schon wichtig: Termine vormerken

Herzlichen Gruß

Euer Kreisgruppenvorstand



FRANKFURTER GEWINNER DER WEIHNACHTSTOMBOLA

In diesem Jahr hat die Bezirksgruppe Frankfurt am Main wieder entschieden, eine Tombola durchzuführen. Statt wie bisher einmal jährlich eine Jahresgabe an Weihnachten herauszugeben, veranstalteten wir wieder die Weihnachtstombola. Jedes Mitglied war mit seiner Mitgliedsnummer automatisch dabei, gezogen wurde im Personalratsbüro.

Wir hatten eine breite Auswahl an möglichen Gewinnen: Reise ins GdP Haus, Fernseher, Microwelle, Air-Fryer, Kaffeefullautomat, Einsatztaschen, Soundbar, Kopfhörer, Kühlmaschinen und und und. Die tollen Preise wurden mittlerweile an die Glücklichen übergeben. Die Gewinner haben sich gefreut, leider war natürlich

nicht für jedes Mitglied was dabei. Anbei einige Impressionen von den Übergaben der Gewinner und die freudigen Gesichter.

Eure GdP Frankfurt am Main



TRADITION IST KEINE MORALISCHE RECHTFERTIGUNG

WARUM DIE DEBATTE UM PRIVATES SILVESTERFEUERWERK EINSATZKRÄFTE UND DIE GESELLSCHAFT INSGESAM BETRIFFT

Die Diskussion um privates Silvesterfeuerwerk wird seit Jahren mit großer emotionaler Schärfe geführt. Auffällig ist dabei, dass diese Emotionalität häufig in keinem Verhältnis zur bekannten Faktenlage steht. Für Beschäftigte bei Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten ist sie jedoch keine theoretische Debatte, sondern gelebte Einsatzrealität. Verletzungen, Brände, Sachschäden, Umweltbelastungen und eine extreme Verdichtung von Einsätzen gehören in der Silvesternacht seit langem zum bekannten Lagebild. Hinzu kommt die exorbitante Vermüllung von Straßen und Natur u.a. durch achtlos zurückgelassene Reste abgebrannter Pyrotechnik, ohne sich um die Entsorgung zu kümmern. Die daraus entstehenden Kosten tragen meistens nicht die Verursachenden, sondern die Allgemeinheit – etwa über das Gesundheitswesen, öffentliche Haushalte und Versicherungen.

Nüchterne Betrachtung erschwert

Ein wesentlicher Grund für die aufgeheizte Debatte liegt darin, dass Silvester für viele Menschen einen besonderen Ausnahmezustand darstellt. Feuerwerk ist für sie Ausdruck von Tradition, persönlicher Freiheit und gemeinschaftlichem Feiern. Wird dieser Brauch kritisch hinterfragt, wird dies häufig als persönlicher Angriff empfunden und nicht als sachliche Diskussion über Sicherheit und Folgen. Das erschwert eine nüchterne Betrachtung, obwohl die Risiken und Schäden offensichtlich sowie seit Jahren bekannt und gut dokumentiert sind.

Dabei zeigt sich ein wiederkehrendes Muster: Der eigene, vermeintlich verantwortungsvolle Umgang mit Feuerwerk wird auf die Gesamtlage übertragen. Dass die eigentlichen Probleme durch das gleichzeitige Abbrennen von Feuerwerk und Böllern durch eine Vielzahl von Menschen entstehen, insbesondere in dicht besiedelten Räumen, wird dabei oft ausgeblendet. Genau dieser Massencharakter führt jedoch zu einer Häufung von Schadensereignissen, die



**Die stille Bilanz des Jahreswechsels:
Pyrotechnik-Müll auf Gehwegen und Straßen.**

nicht nur Einsatzkräfte binden, sondern auch erhebliche volkswirtschaftliche Schäden verursachen.

Legalität des Knallkörpers nicht entscheidend

In der öffentlichen Diskussion wird die Verantwortung häufig auf illegales Feuerwerk oder einzelne Ausreißer/Gewalttäter reduziert. Diese Sichtweise greift zu kurz. Auch zugelassenes F2-Feuerwerk trägt messbar zu Schadenslagen bei, die mit einem hohem Personal-, Material- und Kostenaufwand bewältigt werden müssen. Für die Menschen im Polizei- und Rettungsdienst sowie im Sinne des Umwelt- und Tierschutzes ist dabei nicht entscheidend, ob ein Böller legal oder illegal ist, entscheidend ist die sich daraus ergebende Gefährdungslage vor Ort.

Ein gesellschaftlich getragenes Anliegen
Gleichzeitig darf die Lautstärke der Debatte nicht mit gesellschaftlicher Mehrheitsmeinung verwechselt werden. Erfahrungsgemäß werden Veränderungen besonders dann emotional bekämpft, wenn eine bislang als selbstverständlich empfundene Praxis infrage gestellt wird. Demgegenüber steht eine große, häufig leise Mehrheit, die das private Silvesterfeuerwerk längst nicht mehr als unverzichtbaren Bestandteil des Jahreswechsels betrachtet oder ein Verbot sogar als Entlastung empfinden würde. Dies spiegelt sich auch eindrucksvoll in millionenfachen Unterschriften für entsprechende Initiativen wider: eine entsprechende Petition der GdP Berlin

verzeichnete mit Stichtag 10.01.2026 beispielsweise über 3,3 Millionen Unterstützende.

Die breite Unterstützung für Forderungen nach einer Einschränkung privater Pyrotechnik zeigt, dass eine Neubewertung kein Randthema ist, sondern ein gesellschaftlich getragenes Anliegen.

Wegschauen keine Option mehr

Der Jahreswechsel darf nicht länger als Ausnahmezustand akzeptiert werden. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass die Tage rund um Silvester alle Jahre wieder auf dem Rücken von Polizeibeschäftigten und Rettungskräften ausgetragen werden. Für viele Kolleginnen und Kollegen bedeutet Silvester keine Feier, sondern ein vorhersehbarer Hochrisikoeinsatz mit erhöhter Gewaltbereitschaft, zusätzlichen Gefährdungen und einer massiven Verdichtung von Einsatzlagen. Wenn ein gesellschaftliches Ritual regelmäßig zu Bränden, Verletzten oder gar Toten führt (in der letzten Silvesternacht starb z.B. in Würzburg eine ältere Frau in Folge eines Balkonbrandes, der nach bisherigen Erkenntnissen durch Feuerwerk ausgelöst wurde), Angriffen auf Einsatzkräfte und erheblichen volkswirtschaftlichen Schäden, ist politisches Wegschauen keine Option mehr.

Ein Gebot verantwortungsvoller Innenpolitik

Wer öffentliche Sicherheit ernst nimmt, muss auch bereit sein, Strukturen zu verändern, wenn ein jährlich wiederkehrendes Ereignis

planbar zu vermeidbar hohen Schäden, Gefährdungen und Belastungen führt. Präventive Regulierung ist in diesem Kontext kein Eingriff in die Freiheit oder Ausdruck von Bevormundung, sondern ein Gebot verantwortungsvoller Innenpolitik. Kaum eine Sicherheitsvorschrift war zu ihrer Einführung populär. Die Einführung der Gurtpflicht im Auto, der Nichtraucherschutz in der Gastronomie oder der Ausstieg aus bleihaltigem Kraftstoff waren z.B. zunächst auch umstritten, sind heute jedoch selbstverständlicher Bestandteil moderner Sicherheits- und Gesundheitspolitik. Die Entlastung von Polizei und Rettungskräften, der Schutz der Bevölkerung sowie der verantwortungsvolle Umgang mit öffentlichen Ressourcen gehören untrennbar zusammen.

In einem Land wie Hessen, in dem regelmäßig Sparzwänge verordnet werden, ist es politisch nicht erklärbar, warum vermeidbare Hochrisikolagen mit

Folgen in Millionenhöhe Jahr für Jahr akzeptiert werden. Wer Sicherheit ernst nimmt, darf sich an Silvester nicht länger hinter Traditionen verstecken.

Vor diesem Hintergrund (Verantwortung statt Silvester-Chaos) ergeben sich zwangsläufig folgende Erwartungen an Politik und Entscheidungsträger:

- **Bundesweites Verbot privaten Silvesterfeuerwerks** zum Schutz von Einsatzkräften, Bevölkerung und Umwelt – auch in Hessen darf Sicherheit kein jährliches Glücksspiel sein.
- **Zentrale, professionelle Feuerwerke** statt unkontrollierter Massen-Pyrotechnik, für sichere Feierkultur ohne Ausnahmezustände.
- **Verbindlicher Schutz von Bevölkerung und Einsatzkräften** Verletzungen, Angriffe und extreme Einsatzverdichtung sind keine hinnehmbaren Begleiterscheinungen eines Feiertags;

der bloße Vollzug bestehender Regeln reicht nicht aus.

- **Vermeidung unnötiger volkswirtschaftlicher Schäden und Haushaltsbelastungen** durch präventive Regelungen, statt jährlich wiederkehrender Ausnahmezustände – Prävention ist auch in Hessen günstiger als Schadensbewältigung.
- **Klare einheitliche Vorgaben statt kommunaler Flickenteppiche** Sicherheit braucht Verlässlichkeit, keine kleinteiligen Verbotszonen und improvisierte Einzelmaßnahmen.

(Die dargestellten Einschätzungen stützen sich auf Presseberichte, Mitteilungen der Polizeien, Veröffentlichungen von Feuerwehr und Rettungsdiensten, Daten aus dem Gesundheitswesen sowie auf gesellschaftliche Stellungnahmen und Petitionen.)

Nils Döring

KAFFEE, KUCHEN UND NOCH MEHR

ES WEIHNACHTETE WIEDER BEI DER SENIORENGRUPPE FRANKFURT AM MAIN

Am 3. Dezember, ungefähr pünktlich ab 14.30 h, feierte die GdP-Seniorengruppe Frankfurt a.M. ihr Weihnachtsfest. Schon traditionsgemäß wurde das Titusforum im Frankfurter Nordwestzentrum wieder als Örtlichkeit ausgewählt. Das prunkvoll vorweihnachtlich geschmückte Einkaufszentrum ließ schnell vorweihnachtliche Stimmung aufkommen. Der 1. Vorsitzende der Seniorengruppe, Lothar Silberling, begrüßte herzlich die Anwesenden. Hierbei blickte er auch noch kurz zurück auf die Aktivitäten der Gruppe im Jahr 2025, um danach einen

kleinen Ausblick ins Jahr 2026 zu geben. Er wies auch noch auf die Bedeutung des Widerspruchsformulars der GdP bzgl. angemessene Alimentation hin. Nach Gedenken an die nach der Jahreshauptversammlung 2025 leider von uns Gegangenen, sprach unser BZG-Vorsitzender Jochen Zeng dankenswerterweise noch ein paar Grußworte an die Anwesenden und gab einen Ausblick in das Jahr 2026. Unsere verehrten Frauen hatten wieder ein großartiges Kuchenbuffet mit Kaffee und Softgetränken bereitgestellt, das wie immer begeisterte. Schon traditionsgemäß las unser Mitglied Uschi Moosbauer wieder eine überaus besinnliche Weihnachtsgeschichte vor. In froher Runde, mit reichlich Erinnerun-

gen in Frankfurter Gebabbel an frühere berufliche Erlebnisse, endete die Veranstaltung gegen 17 Uhr. Unser Landesseniorenvorsitzender Bernd Braun, gleichzeitig Kassierer der Seniorengruppe und Lothar Silberling schlossen mit guten Wünschen zum Weihnachtsfest und fürs neue Jahr 2026 – besonders hinsichtlich unserer aller Gesundheit – die heitere Veranstaltung. Eine kleine Gruppe ließ es sich natürlich nicht nehmen, den Tag an einem Glühweinstand im Nordwestzentrum zu beenden. Bis dann in 2026, Glück auf Seniorengruppe Frankfurt a.M.!

Lothar Silberling
Vorsitzender Seniorengruppe Frankfurt



Der Vorsitzende begrüßt



Der höhere Vorsitzende erklärt



Uschis Geschichte

MODERNER DIENSTBEGLEITER MIT ELEKTROANTRIEB

POLIZEI SÜDHESSEN TESTET DEN ID.BUZZ

Die Polizei in Südhessen erhält ein besonderes Fahrzeug: einen voll-elektrischen VW ID.Buzz, der künftig als Streifenwagen eingesetzt werden soll. Das auffällige Design des Fahrzeugs – kombiniert mit der bekannten blau-silbernen Beklebung und modernster Technik – steht sinnbildlich für den Wandel hin zu einer nachhaltigeren Polizei. Im Oktober wurden die neuen ID. Buzz-Fahrzeuge landesweit an die hessischen Polizeipräsidenten übergeben. Damit startete die Polizei Hessen zeitgleich an mehreren Standorten in eine neue Phase moderner, klimafreundlicher Fahrzeugtechnik. In Südhessen kommt das Fahrzeug beim 2. Polizeirevier in Darmstadt zum Einsatz, wo es im Rahmen eines Pilotprojekts erprobt wird. Ziel ist es, wertvolle Erfahrungen zu sammeln – insbesondere zu Themen wie Reichweite, Ladezeiten, Energieverbrauch, Einsatzzeiten und der praktischen Handhabung im täglichen Dienstbetrieb. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen anschließend in die Bewertung zukünftiger Fahrzeugbeschaffungen einfließen. Der ID. Buzz wurde eigens für die polizeilichen Anforderungen umgerüstet: Neben der typischen Son-

derausstattung wie Funkanlage, Sondersignaltechnik und Digitalfunk verfügt das Fahrzeug über individuell angepasste Einbauten, um den Einsatzalltag bestmöglich zu unterstützen. Die technische Umsetzung erfolgte in enger Abstimmung mit der hessischen Polizeiwerkstatt und den beteiligten Fachstellen. Mit dem neuen Fahrzeug möchte die Polizei nicht nur ein Zeichen in Sachen Klimaschutz setzen, sondern auch zeigen, dass moderne Mobilität und Polizeiarbeit gut zusammenpassen können. Besonders im urbanen Umfeld wie Darmstadt, wo viele kurze Strecken anfallen und häufiges Anhalten und Anfahren zum Alltag gehören, bietet der Elektroantrieb klare Vorteile. Der nahezu geräuschlose Betrieb und der Verzicht auf Abgase sind ein Plus für die Umwelt – und ein Schritt in Richtung nachhaltiger Polizeiarbeit. Ob sich das Konzept langfristig für den Streifendienst eignet, wird der nun begonnene Praxiseinsatz zeigen. Fest steht jedoch schon jetzt: Der ID. Buzz bringt frischen Wind in die Fahrzeugflotte und markiert einen weiteren Schritt auf dem Weg zu einer zukunftsorientierten Polizei in Hessen.

T.R.



ID. Buzz Seitenansicht



ID. Buzz Heck



ID. Buzz Innenansicht



ID. Buzz Heckausstattung



ID. Buzz Schranksystem

WEIHNACHTSGESCHENKE DER GdP SÜDHEESSEN

„... und wenn das fünfte Lichtlein brennt,
dann hast Du Weihnachten verpennt.“

Wohl jede und jeder von uns kennt dieses kleine Advents- bzw. Weihnachtsgedicht. In diesem Jahr ist es zumindest in Teilen wahr geworden.

Der Bezirksgruppenvorstand hatte sich auch 2025 wieder vorgenommen, allen aktiven Kolleginnen und Kollegen ein hochwertiges kleines Weihnachtspresent zukommen zu lassen. Um die Gewerkschaftsbeiträge nicht über Gebühr – insbesondere durch den Postversand von Geschenken an Rentnerinnen, Rentner sowie Pensionärinnen und Pensionäre – zu belasten, folgte der Vorstand dem Vorschlag der Seniorenvertretung, stattdessen eine Spende an die Hessische Polizeistiftung zu leisten. Diese unterstützten Kolleginnen und Kollegen, die unverschuldet in Not geraten sind.

Dieses Vorgehen hat hervorragend funktioniert. Gerne möchten wir an dieser Stelle nochmals darauf hinweisen, dass die Arbeit der Stiftung selbstverständlich



Infos zur Polizeistiftung

auch individuell unterstützt werden kann – darüber würden wir uns sehr freuen.

Beim eigentlichen Geschenk – einem hochwertigen Handtuch mit GdP-Transportbeutel, das in jede Einsatztasche passt und ebenso für Sauna, Schwimmbad oder den nächsten Strandurlaub geeignet ist – kam es leider trotz monatelanger Vorbestellung zu Lieferverzögerungen. Pünktlich zu den Weihnachtsfeiertagen konnte es uns daher nicht erreichen.

Aus der Not wurde jedoch eine Tugend: Dank der schnellen und unkomplizierten Unterstützung unserer GdP-Servicegesellschaft OSG erhielt ich kurzfristig einen Bambus-Kugelschreiber inklusive einer schönen Weihnachtsgrußkarte. Vielen Dank für die zahlreichen positiven Rückmeldungen, die uns dazu erreicht haben!

Das Handtuch ist damit natürlich keineswegs vergessen – und wir schieben es auch nicht bis Weihnachten 2026 auf, versprochen. Unser Anspruch bleibt es, Euch stets eine sinnvolle und wertige kleine Aufmerksamkeit zu überreichen. Ihr erinnert Euch sicher an frühere Präsente wie die Powerbank, das koziol-Besteck, das Victorinox-Messer, die Israeli-Bandage, den Buff, die taktische Einsatzlampe und vieles mehr.

Daran wollen wir anknüpfen – die Ideenbörse 2026 ist eröffnet! Bringt Euch ein, denn die GdP-Mitgliedschaft hat Mehrwert. C.R.



GdP Handtuch



kompakt, praktisch, hilfreich



Weihnachtsgrüße an alle

BLAULICHT, BERGSTRASSE UND BESCHERUNG

„EIN KORB VOLLER WERTSCHÄTZUNG“ FÜR DIE FEIERTAGSSCHICHT

Wenn an Heiligabend die Lichter an der Bergstraße leuchten und es in den Familien ruhig wird, beginnt für viele unserer Kolleginnen und Kollegen eine der herausforderndsten Zeiten des Jahres. Während andere feiern, sorgen sie für Sicherheit. Wir als GdP finden: Das verdient mehr als nur warme Worte.

Als Vorstand der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Kreisgruppe Bergstraße ist es uns eine Herzensangelegenheit, am Weihnachtsfest ein Zeichen zu setzen. Wir

wissen genau, was es bedeutet, wenn der Funkspruch die Bescherung unterbricht oder das Festmahl mit der Familie ausfallen muss, weil der Dienst ruft.

Um den Kolleginnen und Kollegen auf den Dienststellen von Heppenheim über Bensheim, Lampertheim-Viernheim bis nach Wald-Michelbach die Dienstzeit ein wenig zu versüßen, hat jede Schicht – angefangen mit dem Heiligen Tag bis hin zum 2. Weihnachtsfeiertag – eine besondere „Weihnachtsausgabe“ erhalten. Statt

trockener Theorie gab es für unsere vier Polizeistationen an der Bergstraße einen großen, prall gefüllten Präsentkorb. Auch unser GdP-Kreisgruppe Bergstraße Vorstandsvorsitzender Jörg Weitmann hatte Dienst.

„Wir wollen den Zusammenhalt stärken und zeigen: Ihr seid nicht vergessen“, erklärten wir bei der Übergabe in den Wachen. In den Körben fanden sich Nervennahrung für lange Nachtschichten, regionale Leckereien von der Bergstraße

und ein paar Aufmerksamkeiten, die den harten Dienstilltag für einen Moment vergessen lassen. Es war uns wichtig, dass in den Pausenräumen wenigstens ein kleines bisschen Weihnachtsgefühl einkehrt, wenn man schon nicht am heimischen Esstisch sitzen kann.

Die Resonanz auf den Wachen war überwältigend. In den Gesprächen während der Übergabe wurde deutlich, wie groß die Belastung an den Feiertagen tatsächlich ist. Es sind nicht nur die Einsätze – oft emotional aufgeladene Familienstreitigkeiten oder Unfälle –, sondern auch die persönliche Entbehrung.

„Viele unterschätzen, was es emotional bedeutet, die eigenen Kinder an Heiligabend nur kurz schlafend zu sehen, bevor man zur Nachtschicht aufbricht“, so der Tenor aus der Team.

Als GdP ist es unsere Aufgabe, genau darauf aufmerksam zu machen. Wir fordern Respekt für diese Lebensleistung – und zwar an 365 Tagen im Jahr.

Ein starkes Signal für die Zukunft:

Die Weihnachtsausgabe der GdP Bergstraße ist mehr als nur eine Verpflegungsaktion. Sie ist ein Symbol für die Solidarität innerhalb unserer Polizeifamilie. Wir stehen zusammen, besonders dann, wenn der Dienst am schwersten fällt.

Wenn wir als Vorstand eines aus diesen Tagen mitnehmen, dann ist es der Stolz auf unsere Kolleginnen und Kollegen an der Bergstraße. Wir werden uns auch in den kommenden Jahren weiterhin mit aller Kraft für ihre Belange, bessere Ar-



Polizeistation Bensheim



Polizeistation Heppenheim

beitsbedingungen und eine gerechte Wertschätzung einsetzen.

Ein herzliches Dankeschön an alle, die über die Feiertage die Stellung gehalten haben.

Wir passen aufeinander auf!

Anne Fuchs, GdP-Kreisgruppe Bergstraße



Polizeistation Wald-Michelbach



Polizeistation Lampertheim-Viernheim
mit Vorstandsvorsitzenden Jörg Weitmann
(rechts)

WEIHNACHTSKINO IM „LUXOR KINO“ BENSHEIM

GELUNGENE AKTION FÜR DEN GUTEN ZWECK

Im Luxor Kino Bensheim fand im Rahmen des Weihnachtskinos eine besondere Filmvorführung für Familien statt. Gezeigt wurde der Weihnachtsklassiker „Eine schöne Bescherung“, eine turbulent-chaotische Komödie über die Weihnachtsvorbereitungen der Familie Griswold, die mit viel Humor und Situationskomik für zahlreiche Lacher sorgte und perfekt zur vorweihnachtlichen Stimmung passte.

Im ausverkauften Kino wurden anlässlich des Familienkinos Spenden für den „Tatort-Verein“ gesammelt. Bei der Benefizaktion beteiligten sich neben der GdP (Gewerkschaft der Polizei) die DPoIG, der BDK sowie die IPA Bergstraße-Odenwald gemeinsam mit dem Kinderschutzbund und der Caritas. Ziel der Veranstaltung war es, Kinovergnügen mit sozialem Engagement zu verbinden.

Dank der großzügigen Unterstützung der Besucherinnen und Besucher konnte eine



v.l.n.r.: Peter Wohlfart, Michael Schweikert, Anne Fuchs, Susanne Schulz, Christian A. Richter

Spendensumme von 380,75 Euro erzielt werden. Der gesamte Erlös kommt Kindern aus sozial schwachen Familien zugute und leistet damit einen wertvollen Beitrag zur Unterstützung junger Menschen in schwierigen Lebenssituationen. Das Weihnachtskino im Luxor Kino Bens-

heim war somit nicht nur ein unterhaltsames Erlebnis für die ganze Familie, sondern auch ein gelungenes Beispiel für gelebte Solidarität und gemeinschaftliches Engagement in der Region.

Susanne Schulz

NEUBAU IM PUPINWEG

Auf dem Gelände im Pupinweg gibt es inzwischen sichtbar große Fortschritte zu verzeichnen. Zwischen diesen beiden Fotos liegen tatsächlich nur etwas mehr als drei Monate. Dank der Vorfertigungsweise der Wände hat das erste Gebäude schon eine enorme Höhe erreicht. Zwi-

schzeitig wurde auch schon mit dem Bau des zweiten Gebäudes begonnen. Die Fundamente dafür sind auf dem Foto erkennbar. Im Endstadium wird daneben noch ein Parkhaus errichtet werden.

Die geplante Baustellenzufahrt im Bereich hinter den alten Garagen (im Bild

ganz links) nimmt auch erkennbare Züge an. Darüber soll zukünftig der gesamte Baustellenverkehr abgewickelt werden. Die Anfahrt zum Baufeld erfolgt dann vom Eifelring aus und nicht mehr über die reguläre Zufahrt zur Dienststelle.



Oktober 2025



Januar 2026

SOLIDARITÄT DIE WÄRMT

GdP FRANKFURT SPENDET FÜR DEN KÄLTEBUS

Aus einer winterlichen Gemeinschaftsaktion wurde konkrete Hilfe: 300 Euro, gesammelt beim Winterfest des Polizeipräsidioms Frankfurt am 11. Dezember, hat die GdP Frankfurt nun an den Frankfurter Kältebus übergeben.

Zur Spendenübergabe trafen sich Stefan Vogel und Katharina Kopp am Ostpark, dem Standort des Kältebusses, mit Daniel Schneider, dem Leiter der Einrichtung, der dort als Sozialarbeiter arbeitet.

In einem ausführlichen Gespräch erhielten die beiden GdP-Vertreter spannende und eindrucksvolle Einblicke in eine Arbeit, die für viele Menschen in Frankfurt überlebenswichtig ist.

Der Kältebus wird vom Frankfurter Verein für soziale Heimstätten e.V. getragen und durch städtische Mittel, aber auch durch Spenden, finanziert. Seit 30 Jahren ist er im Einsatz für die Menschen auf der Straße. Anders als in vielen anderen Städten arbeiten hier keine Ehrenamtlichen, sondern sieben hauptamtliche Mitarbeitende, die professionell auf die besonderen Anforderungen der Straßensozialarbeit vorbereitet sind.

An den Kältebus angegliedert ist außerdem die Unterbringung obdachloser Menschen in der Notschlafstätte in der B-Ebene am Eschenheimer Tor.

Die ebenfalls vom Verein für soziale Heimstätten e.V. betriebene Übernachtungsstätte Ostpark mit etwa 190 Zimmern, bietet wohnungslosen Menschen primär kurzfristige Übernachtungsmöglichkeiten. Die Zimmer sind mit allem ausgestattet, was man zum Leben braucht und werden regelmäßig gereinigt. Viele Bewohner sind psychisch erkrankt oder alkoholabhängig und können sich nur bedingt selbst versorgen. Drei hauptamtliche Krankenpfleger kümmern sich täglich um die Bewohner – besonders wichtig, da die meisten keine Krankenversicherung haben. Inzwischen sind viele Plätze langfristig belegt – ein deutliches Zeichen da-

für, wie angespannt die Wohnungssituation für Betroffene geworden ist. Der Kältebus fährt in den Wintermonaten, insbesondere von November bis März, jede Nacht durch das gesamte Frankfurter Stadtgebiet. Ziel ist klar: Niemand soll in Frankfurt erfrieren. Pro Nacht werden etwa 100 bis 150 obdachlose Menschen versorgt. Die Mitarbeitenden, die in 10-Stunden-Schichten im Einsatz sind, sprechen Personen aktiv an – besonders dann, wenn sie im Freien schlafen oder gesundheitlich gefährdet wirken.

Im Einsatzfahrzeug, einem ausgebauten Kleintransporter, befinden sich vor allem neue Decken, Schlafsäcke, Isomatten sowie heißer Tee. Gerade Decken gehören zu den am häufigsten nachgefragten Hilfsmitteln. Dass alle Materialien neuwertig sind, ist bewusst so entschieden: Nur so kann sichergestellt werden, dass sie ausreichend Schutz vor lebensgefährlicher Kälte bieten.

Ein Teil der angesprochenen Personen nimmt weiterführende Hilfe an – etwa eine Fahrt in eine Unterkunft oder, wenn nötig, in ein Krankenhaus. Das kommt zwar nicht häufig vor, ist aber in manchen Situationen entscheidend.

Was viele nicht wissen: In den Sommermonaten wird der Kältebus sinn gemäß zum „Hitzebus“. Dann achten die Teams darauf, dass Menschen auf der Straße nicht unter Dehydrierung oder Hitzschlägen leiden.

Immer wieder reagieren Bürgerinnen und Bürger zunächst irritiert oder skeptisch, wenn sie sehen, wie das Team des Kältebusses auf obdachlose Menschen zugeht. Manche möchten die Betroffenen gewissermaßen „beschützen“ und fragen nach, ob die Ansprache wirklich freiwillig ist. In solchen Situationen erklären die Mitarbeitenden ruhig, wie sie arbeiten; dass jede Hilfe auf Freiwilligkeit beruht und es darum geht, Menschen vor akuter Gefahr zu schützen. Häufig schlägt die anfängliche Skepsis dann in Verständnis und Unterstüt-



Stefan Vogel mit Daniel Schneider



Ein Blick ins Innere

zung um – manchmal sogar in ein ausdrückliches Dankeschön dafür, dass sich jemand kümmert.

Die beim Winterfest gesammelten 300 Euro kamen durch eine Spendenaktion der GdP Frankfurt zusammen: Am Stand wurden Glühwein und heißer Apfelwein ausgeschenkt, viele aktive Kolleginnen und Kollegen, Angehörige sowie Ehemalige nutzten die Gelegenheit, sich aufzuwärmen – und gleichzeitig etwas in die Spendenkasse für den Kältebus zu geben.

Die Spendenübergabe war daher weit mehr als ein formeller Termin: Sie war Ausdruck gelebter Solidarität – innerhalb der Polizei und gegenüber Menschen, die in Frankfurt dringend Unterstützung brauchen.

K. Kopp